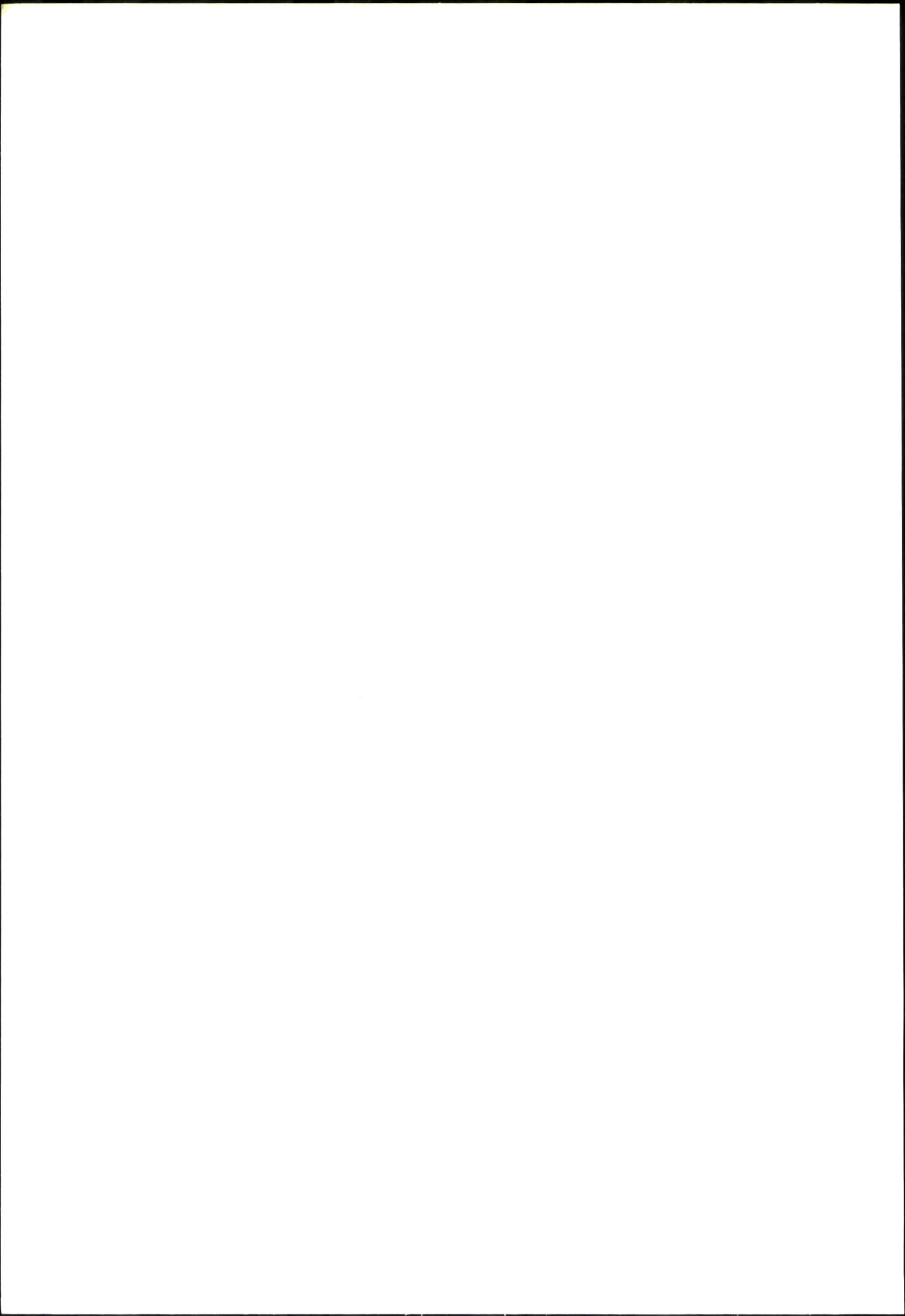


23. Bundesparteitag
Mannheim, 23. – 25. Juni 1975

*Bericht der
Bundesgeschäftsstelle*
CDU

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs



<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	2-4
Bundesparteitag	5
Bundesausschuß	6-7
Bundeschvorstand	8-11
Präsidium	12-17
Präsidiumskontaktgespräche	18
CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung	19
Landesgeschäftsführerkonferenzen	19-20
Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen	21
Regionalkonferenzen	21
Hauptabteilung I	
- Abteilung Organisation	22-26
- Abteilung Verwaltung	27
- Abteilung Personal	27-28
- Abteilung organisatorische Sonderaufgaben	28
Hauptabteilung II	
- Abteilung Politik	29-42
- Abteilung Information/Dokumentation	43
Hauptabteilung III	
- Abteilung Medienpolitik	44-46
- Abteilung Öffentlichkeitsarbeit	47-58
Sprecher der Partei	59-60
Büro für Auswärtige Beziehungen	60-63
Justitiar	64
Planungsgruppe	64-65
Grundsatzprogrammkommission	65-66
Unternehmensrechtskommission	66
Mitgliederstatistiken	67-71

Der vorliegende Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle umfaßt den Zeitraum zwischen dem 21. Bundesparteitag in Bonn am 12.6. 1973 und dem 30.4.1975. Auf dem Bonner Bundesparteitag wurden Präsidium und Bundesvorstand der CDU neu gewählt.

Der 22. Bundesparteitag in Hamburg, auf dem die Partei grundlegende Beschlüsse faßte, brachte für die Bundesgeschäftsstelle eine Fülle umfangreicher Vorarbeiten mit sich, sowohl im sachpolitischen wie auch im organisatorischen Bereich. Die Ergebnisse des Hamburger Parteitages wurden aufgrund einer bereits vorher ausgearbeiteten Konzeption der Parteimitgliedschaft, Verbänden, den Medien und der interessierten deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Damit wurde erstmals ein Parteitag erfolgreich "nachgearbeitet".

Die Jahre 1974 und 1975 waren gekennzeichnet durch die überaus guten Ergebnisse für die Union bei Landtags- und Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern. Bei der Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Wahlkämpfe arbeiteten die entsprechenden Landesverbände der CDU und die Bundesgeschäftsstelle eng zusammen. Regelmäßig wurde der Wahlkampfinformationsdienst an die Landesverbände herausgegeben. Auf Wunsch leistete die CDU-Bundesgeschäftsstelle Zuarbeit bei der Erstellung von Argumentationshilfen und Flugblättern sowie bei der Erarbeitung und Umsetzung von Werbekonzeptionen. Auch im Bereich der technisch-organisatorischen Hilfe und bei der Vermittlung von Bundesrednern war die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei ausgezeichnet. An den Sitzungen der Wahlkampfkommissionen der Landesverbände nahm jeweils ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle teil. Die bei der Zusammenarbeit gewonnenen Erkenntnisse werden für die Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes 1976 von großem Nutzen sein.

Ihre sachpolitischen Aussagen machte die CDU in den Jahren 1974 und 1975 durch eine Reihe von Fachkongressen deutlich. Auf ihnen wurden Fragen und Probleme von besonderer Bedeutung und Dringlichkeit beraten. Der CDU ist es gelungen, durch

die offene Diskussion wichtiger Bereiche der Politik ihre Position gegenüber der SPD/FDP-Bundesregierung auch in der Öffentlichkeit und gegenüber an den jeweiligen Themen besonders interessierten Gruppen deutlich zu machen.

Die überzeugende Rolle der CDU und ihre Attraktivität für die politisch interessierte deutsche Bevölkerung fand sichtbaren Ausdruck in sprunghaft ansteigenden Mitgliederzahlen. Umfangreiche Mitgliederwerbemaßnahmen in den Kreisverbänden und die unermüdliche Arbeit unserer Mitglieder vor Ort haben diesen Erfolg gebracht. Der Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl hat am 19. August 1974 in Berlin das 500.000 Mitglied der CDU begrüßt. Am 30.4.1975 hatte die CDU 564.556 Mitglieder.

Die Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle ist im Berichtszeitraum abgeschlossen worden. Die Organisationsstruktur wurde damit klarer und übersichtlicher (vgl. hierzu den Organisationsplan der Bundesgeschäftsstelle auf der dritten Umschlagseite dieses Berichtes). Der Festlegung des internen Arbeitsablaufs und der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte dienen regelmäßige Besprechungen der neu eingerichteten Geschäftsleitung (Generalsekretär, Bundesgeschäftsführer und die drei Hauptabteilungsleiter).

Die Zusammenarbeit zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie deren Instituten wurde im Berichtszeitraum erheblich verbessert.

Der Betriebsrat der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat seine Arbeit fortgeführt. Zwischen dem Betriebsrat und der Leitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat sich - trotz unterschiedlicher Interessenlage und unterschiedlicher Meinungen zu Einzelfragen - die Bereitschaft zur kritischen und konstruktiven Zusammenarbeit bewährt. Dies fand seinen deutlichen Niederschlag in der gemeinsamen Erarbeitung der Anstellungsbedingungen für alle Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Diese Anstellungsbedingungen sind zum 1.4.1975 in Kraft getreten.

Die Bundesgeschäftsstelle ist bemüht, durch weitere Verbesserung ihres Leistungsangebotes in den Bereichen Organisation, Information, sachpolitische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit - gemeinsam mit den Vereinigungen sowie den Landes- und Kreisverbänden der Partei - die Voraussetzungen dafür auszubauen, daß die CDU Deutschlands auch in Zukunft ihre Politik erfolgreich vertreten kann.



Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
Generalsekretär



Karl-Heinz Bilke
Bundesgeschäftsführer

Bundesparteitag

Der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 18. - 20. November 1973 beschäftigte sich mit den Themen

- Soziales Baubodenrecht
- Vermögenspolitische Leitsätze
- Reform des Unternehmensrechts
- Reform der beruflichen Bildung
- Grundsatzarbeit der Partei

sowie mit verschiedenen anderen Anträgen.

Die Beschlüsse des 22. Bundesparteitages sind in der offiziellen Niederschrift, im UiD Nr. 45 vom 22.11.1973 sowie in verschiedenen Broschüren der Bundespartei veröffentlicht worden.

Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU", trat im Berichtszeitraum viermal zusammen.

Auf der Sitzung am 10.12.1973 nahm der Bundesausschuß ausführliche Berichte des Parteivorsitzenden über die politische Lage und des Fraktionsvorsitzenden über die parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entgegen.

Der Bundesausschuß behandelte außerdem die ihm vom 22. Bundesparteitag in Hamburg überwiesenen Anträge. Die vom Bundesausschuß gefaßten Beschlüsse wurden im Uid Nr. 48 im Wortlaut veröffentlicht.

In seiner Sitzung am 18.3.1974 in Berlin befaßte sich der Bundesausschuß im Anschluß an die Berichte des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden zur politischen Lage mit dem Entwurf des Jugendpolitischen Programms der CDU. Die Kommission "Jugend" wurde beauftragt, die vorliegenden Änderungsanträge und die Diskussionsergebnisse des Bundesausschusses in den Programmentwurf einzuarbeiten.

Der Generalsekretär berichtete über die vom Bundesvorstand beschlossene personelle Zusammensetzung der Unternehmensrechts- und der Grundsatzprogrammkommission.

Auf der Sitzung am 9.12.1974 in Dortmund gab der Parteivorsitzende einen umfassenden Bericht über die politische Lage. Der Fraktionsvorsitzende erläuterte die Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Realisierung der Beschlüsse des Hamburger Parteitages. Der Bundesschatzmeister unterrichtete den Bundesausschuß über die finanzielle Lage der Partei und unterbreitete ihm einen Vorschlag des Bundesfinanzausschusses für eine neue Beitragsregelung, die dem 23. Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Der Generalsekretär erläuterte den für den Zeitraum vom 12.6.1973 - 9.12.1974 erstellten Rechenschaftsbericht der Bundesgeschäftsstelle und berichtete über die Erledigung der auf dem 22. Bundesparteitag gestellten Anträge zur Parteiarbeit.

Am 17.3.1975 berichtete der Parteivorsitzende über die politische Lage auf dem Gebiet der Außen- und Europapolitik, über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und über Fragen der Inneren Sicherheit. Er erläuterte außerdem die Haltung der CDU zu den bevorstehenden Entscheidungen im Gesetzgebungsbereich, und zwar zu den Themen:

- Hochschulrahmengesetz
- Berufliche Bildung
- Beamtenrechtsrahmengesetz
- Mitbestimmung
- § 218 StGB

Der Fraktionsvorsitzende ergänzte die Ausführungen des Parteivorsitzenden hinsichtlich der parlamentarischen Behandlung der anstehenden Sachthemen.

Der Bundesausschuß beauftragte den Bundesvorstand, das "Medienkonzept der CDU/CSU" unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen zu überarbeiten und zu verabschieden.

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum neunzehnmal.

Am 12.6.1973 trat unter der Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Kohl der auf dem 21. Bundesparteitag der CDU neugewählte Bundesvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Am 30.8.1973 erstattete der Parteivorsitzende einen politischen Lagebericht, der vom Fraktionsvorsitzenden für den parlamentarischen Bereich ergänzt wurde.

Über die Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Steiner/Wienand/Affäre berichtete Friedrich Vogel.

Der Bundesvorstand befaßte sich ferner mit folgenden Themen:

- Organisatorische Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
- Bericht der Grundsatzkommission
- Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst
- Einsetzung einer Kommission, die eine Vorlage über die Auffassung der CDU/CSU zur Reform des Sexualstrafrechts erarbeiten soll.

Schwerpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes am 17.9.1973 war die Diskussion über die künftige Parteiarbeit, insbesondere über die Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesverbänden im Hinblick auf die Landtagswahlkämpfe 1974. Außerdem bereitete der Bundesvorstand die anschließende Sitzung der CDU/CSU-Präsidien und der CDU/CSU-Ministerpräsidenten vor, die der Abstimmung der gemeinsamen Politik und Gesetzgebungsarbeit diene.

In einer Klausurtagung befaßte sich der Bundesvorstand am 5./6.10.1973 ausschließlich mit der inhaltlichen Vorbereitung und Verabschiedung der auf dem 22. Bundesparteitag zu behandelnden Vorlagen über

- Berufliche Bildung
- Bodenrecht
- Vermögensbildung
- Mitbestimmung

Auf der Sitzung am 17.11.1973 informierte der Parteivorsitzende den Bundesvorstand über seine Gespräche zur Mitbestimmungsfrage und legte ihm den modifizierte Entwurf des Bundesvorstandsantrages zur Beschlußfassung vor.

Neben der Diskussion über die allgemeine politische Lage und die Strategie und Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe in Hamburg, Niedersachsen und Hessen beschäftigte sich der Bundesvorstand am 28.1.1974 mit einem strategischen Bericht des Generalsekretärs zu den Themen:

- Nacharbeit 22. Bundesparteitag
- Kongresse und Tagungen der Bundespartei 1974
- Planungen zur Parteiarbeit

Zu den Koalitionsbeschlüssen zur Mitbestimmung und Vermögensbildung beschloß der Bundesvorstand eine Erklärung, aus der hervorging, "daß die Koalitionsbeschlüsse zu einer Verringerung der demokratischen Rechte der Arbeitnehmer im Unternehmen führen und damit die Verwirklichung unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung beeinträchtigen. Sie halten in keinem Punkt einem Vergleich mit den freiheitlichen und zukunftsweisenden Beschlüssen der CDU stand."

Am 18.2.1974 erörterte der Bundesvorstand die sich aus den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst und den anstehenden tariflichen Auseinandersetzungen in der gewerblichen Wirtschaft ergebenden Konsequenzen für die Stabilität der Wirtschaft.

Der Bundesvorstand stimmte dem Haushaltsentwurf 1974 der Bundesgeschäftsstelle mit den vom Bundesschatzmeister im einzelnen erläuterten Kürzungsvorschlägen des Bundesfinanzausschusses zu.

Am 18.3.1974 tagte der Bundesvorstand in Berlin und bekräftigte das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Bürgern Berlins und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesvorstand appellierte mit allem Nachdruck an die vier Mächte, die DDR zur strikten Einhaltung der Berlin-Vereinbarungen zu veranlassen und für einen reibungslosen Transitverkehr zu sorgen.

Ferner wurde die personelle Besetzung der Unternehmensrechts- und Grundsatzprogrammkommission beschlossen.

Am 24.4.1974 wies der Parteivorsitzende in seinem politischen Lagebericht vor allem auf die Bedeutung des Themas § 218 StGB hin. Der Bundesvorstand diskutierte ferner die wirtschaftspolitische Lage und die Strategie der CDU im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und die Bundespräsidentenwahl. Der Bundesvorstand empfahl der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung, Dr. Richard von Weizsäcker als Kandidaten zur Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren.

Der Bundesvorstand beschloß die personelle Besetzung der neu einzusetzenden Organisationskommission.

Am 14.5.1974 befaßte sich der Bundesvorstand mit dem Rücktritt Bundeskanzler Brandts.

Am 10.6.1974 diskutierte der Bundesvorstand die strategische Position der Union nach der Landtagswahl in Niedersachsen und befaßte sich mit Überlegungen zur Strategie der CDU im Blick auf 1976.

Zum Thema § 218 StGB empfahl der Bundesvorstand den CDU/CSU-regierten Ländern und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um die Unvereinbarkeit des vom Bundestag verabschiedeten Regierungsentwurfs mit Artikel 2 des Grundgesetzes feststellen zu lassen.

Am 23.9.1974 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der strategischen Zielrichtung der Union im Blick auf die bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und Betriebsratswahlen und für die Bundestagswahl 1976. In diesem Zusammenhang sprach sich der Bundesvorstand eindeutig gegen die Gründung einer vierten Partei aus.

Der Bundesvorstand stimmte den vom Präsidium am 5.8.1974 beschlossenen "Jugendpolitischen Leitsätzen der CDU" zu und verabschiedete ferner das "Sportprogramm der CDU".

Am 14.10.1974 diskutierte der Bundesvorstand in Frankfurt die Entwicklung des Landtagswahlkampfes in Hessen und verabschiedete eine Erklärung zur Mittelstandspolitik.

Der Bundesvorstand befaßte sich auch mit den Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Dr. Franz-Josef Strauß zur Kanzlerkandidatur und äußerte seine Absicht, über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu beraten.

Am 28.10.1974 erörterte der Bundesvorstand die politische Lage und die weitere Entwicklung nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Der Generalsekretär unterbreitete dem Bundesvorstand Überlegungen für eine Berichtsvorlage des Bundesvorstandes auf dem Mannheimer Bundesparteitag.

25.11.1974

Themen: Entwicklung in Nahost
Europapolitik
Besoldungsregelung im öffentlichen Dienst
Baader-Meinhof-Bande
Situation in Berlin
Wirtschaftspolitik
(Erklärung des Bundesvorstandes zur aktuellen konjunkturpolitischen Lage und zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)

Am 20.1.1975 tagte der Bundesvorstand in Berlin und erörterte die politische Situation im Hinblick auf die am 2.3.1975 stattfindende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Weitere Themen:

- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Anstieg der Arbeitslosenzahlen
- Problem der Jugendarbeitslosigkeit
- Entwicklung im Nahen Osten.

Der Bundesvorstand verabschiedete Erklärungen zur aktuellen Situation der innerdeutschen Beziehungen und zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Am 24.2.1975 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum § 218 StGB.

Der Bundesvorstand befaßte sich ferner mit der Vorbereitung des 23. Bundesparteitages vom 23. bis 25.6.1975 in Mannheim und beschloß, folgende Anträge dem Bundesparteitag zur Beschlußfassung vorzulegen:

- Änderung des Parteistatuts
- Entwurf einer neuen Geschäftsordnung der CDU
- Vorschlag für eine neue Beitragsregelung

Der Bundesvorstand beschäftigte sich ferner mit der Beratung des ersten Entwurfes einer Berichtsvorlage für den Mannheimer Parteitag und beauftragte eine Kommission, die sich aus der Diskussion ergebenden Anregungen und Änderungen in einen zweiten Entwurf einzuarbeiten.

Der Bundesvorstand nahm das von der Kommission "Frauen" der Bundespartei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitete Konzept "Frau und Gesellschaft" zur Kenntnis und beauftragte eine Arbeitsgruppe, für die einzelnen Kapitel des Konzeptes Kostenberechnungen anzustellen und anhand von Modellen zu erläutern.

Am 17.3.1975 wurde der Etat 1975 der Bundesgeschäftsstelle vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

Der Bundesvorstand befürwortete eine Mitgliedschaft von Ausländern in der CDU und beschloß, auf dem 23. Bundesparteitag eine hierzu notwendige Änderung des Parteistatuts zu beantragen.

Am 7.4.1975 tagte der Bundesvorstand in Kiel. Er diskutierte über die politische Lage und die Situation der Landtagswahlkämpfe in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Der Bundesvorstand beschloß, das Programm "Frau und Gesellschaft" nach textlicher Überarbeitung dem 23. Bundesparteitag als Antrag des Bundesvorstandes zur Beschlußfassung vorzulegen.

Präsidium

Im Berichtszeitraum hielt das Präsidium der CDU insgesamt 40 Sitzungen ab, zusätzlich 7 gemeinsame Sitzungen mit dem CSU-Präsidium.

12.6.1973

Konstituierung des auf dem 21. Bundespartei neugewählten Präsidiums unter Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl.

20.8.1973

Themen: Europapolitik
Verhältnis zur DDR
Unterstützung der Forderung der West-Berliner
Wirtschaft auf Verbleib der Treuhandstelle für
den Interzonenhandel in West-Berlin
Fluglotsenstreik
Vorbereitung des 22. Bundesparteitages

3.9.1973

Themen: Bundespräsidentenwahl
Steiner/Wienand/Ausschuß
FDP-Papier zum Verhältnis Kirche/Staat

17.9.1973

Themen: Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung der Präsidien
von CDU/CSU und der CDU/CSU-Ministerpräsidenten
Kuratorium Unteilbares Deutschland
Aufgabenverteilung im Präsidium

In einer einstimmig beschlossenen Erklärung verurteilte das Präsidium die Intellektuellenverfolgung in der Sowjetunion und schloß sich dem Vorschlag von Alexander Solschenizyn an, den sowjetischen Atomphysiker Andrey Sacharow als Kandidaten für den Friedensnobelpreis zu benennen.

1.10.1973

Das Präsidium verabschiedete Erklärungen zu

- den Äußerungen Wehners in Moskau
- der Konferenz der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 20.9.1973 und zu dem Parteitagsbeschluß der SPD in NRW betr. Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst
- der Entwicklung in Chile

Das Präsidium bereitete die für den 5./6.10.1973 einberufene Klausurtagung des Bundesvorstandes vor, auf der die Vorlagen des Bundesvorstandes zu den Themen des 22. Bundesparteitages erarbeitet werden sollen.

22.10.1973

Themen: Paris-Reise des Parteivorsitzenden
Situation in Nahost
CDU-Steuerantrag
Außenpolitische Kommission
Sexualstrafrecht
Vorbereitung eines Kontaktgesprächs mit dem
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger

5.11.1973

Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Erklärung zur Erhöhung der Mineralölsteuer und
zur geplanten Steigerung der Postgebühren

17.11.1973

Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Modifizierter Entwurf des Bundesvorstandsantrages
zur Mitbestimmungsfrage

3.12.1973

Themen: Energie- und Konjunkturpolitik
MBFR-Konferenz
Vorbereitung eines Gesprächs mit den CDU-Reprä-
sentanten in den Aufsichtsgremien der Rundfunk-
und Fernsehanstalten

10.12.1973

Themen: Energiekrise
Konjunkturpolitik
Steuerreform
Auftrag an den Bundesfachausschuß Sozialpolitik
und die Arbeitskommission Familie zur Erarbeitung
eines familienpolitischen Gesamtprogramms

14.1.1974

Themen: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik
Sicherung der Arbeitsplätze
Steuerreform
Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen
Sozialpolitische Maßnahmen zum Schutz des wer-
denden Lebens (§ 218 StGB)
Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem CSU-
Präsidium

28.1.1974

Themen: DDR-Pressionen
Situation an der Lohnfront
Koalitionsbeschlüsse zur Mitbestimmung und
Vermögensbildung
Steuerreform

18.2.1974

Themen: USA-Reise des Parteivorsitzenden
Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg
Wirtschaftslage - Sicherung der Arbeitsplätze

4.3.1974

Themen: Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl
Unterstützung der Landtagswahl Niedersachsen
Bundespräsidentenwahl
Verfahren zur Erarbeitung eines Grundsatzpro-
gramms der CDU
Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Bund der
Vertriebenen

18.3.1974

Themen: Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
Gespräch mit Bundeskanzler Brandt betr.
Akkreditierung des DDR-Vertreters in Bonn
"Panorama"-Sendung über Schwangerschaftsabbruch
Richtgeschwindigkeitsverordnung
Veranstaltung "25 Jahre Grundgesetz"

1.4.1974

Themen: Verhältnis Großbritanniens zur EWG
Außenministerratssitzung in Luxemburg
Situation in der FDP
Wirtschaftsdebatte im Deutschen Bundestag
§ 218 StGB
Analyse der Landtags- und Kommunalwahlen in
Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein
und Nordhessen
Vorbereitung der Landtagswahl Niedersachsen
Steuerpolitik

22.4.1974

Themen: § 218 StGB
USA-Reise des Generalsekretärs
Europapolitik
Mitbestimmungsvorlage der Bundesregierung im
Bundesrat
Vorbereitung der Betriebsrätekonferenz und der
Gespräche mit der Sudetendeutschen Landsmann-
schaft und dem Deutschen Bauernverband

Das Präsidium beschließt einstimmig, der CDU/CSU-Fraktion der
Bundesversammlung zu empfehlen, Dr. Richard von Weizsäcker als
Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten am 15. Mai zu
nominieren.

6.5.1974

Themen: Situation in Frankreich
Spionagefall Guillaume
Lage in der SPD
Situation in Portugal
Ergebnis der Kommunalwahlen im Saarland
Beamtenrechtsrahmengesetz
Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem
CSU-Präsidium

7.5.1974

In der Sitzung wurde der Text der gemeinsamen Erklärung der
Präsidien von CDU und CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
zum Rücktritt Bundeskanzler Brandts vorbereitet.

10.6.1974

Themen: Ergebnis der Landtagswahl Niedersachsen
DGB
Hochschulrahmenrecht
Bodenrechtsreform
Steuerreform
§ 218 StGB

8.7.1974

Themen:

Treffen Bundeskanzler Schmidt/
Staatspräsident Giscard d'Estaing
Kompromißversuch des Vermittlungsausschusses
in der Steuerreformfrage
Rücktritt Entwicklungshilfeminister Epplers/
Ernennung Egon Bahrs
Nixon-Besuch in Moskau
Rumänien-Reise des Generalsekretärs
Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen
Überblick über die Arbeit der Bundesfachaus-
schüsse

5.8.1974

Themen:

Umweltbundesamt in Berlin
Steuerkompromiß
Strategie Partei/Fraktion
Verteidigungssituation
Jugendpolitische Leitsätze

2.9.1974

Themen:

Wirtschaftspolitik
Affäre Guillaume
Komitee 17. Juni
Wohnraumkündigungsschutzgesetz
Aufgabenstellung und Koordinierung christlich-
demokratischer Bildungsstätten
Beschlüßvorlagen des BfA Innenpolitik
(Radikale Parteien
Thesen zum Demonstrationsrecht)
Parteimitgliedschaft von Ausländern
Sportprogramm der CDU

16.9.1974

Themen:

China-Reise des Parteivorsitzenden
4. Partei
Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen
Rentenstrategie

23.9.1974

Thema:

Stabilitätspolitik

30.9.1974

Themen:

Streichung des Begriffes einer einheitlichen
deutschen Nation in der Verfassung der DDR
Haltung der Bundesregierung in der Agrarpolitik
Betriebsratswahlen
Presserechtsrahmengesetz
Verstromungsgesetz
Weiterführung der wirtschaftspolitischen De-
batte in Verbindung mit Gewerkschaftsproblemen
Strategischer Rahmen und Prioritäten für die
Gesetzgebungsarbeit im Winterhalbjahr 1974/75
Mitbestimmung in kommunalen Eigenunternehmen
Neuregelung der Lehrerbesoldung

- 14.10.1974
Themen: Landtagswahlkampf Hessen
Ansteigen der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahl sowie der Inflationsrate
Kanzlerkandidatur
4. Partei
Mittelstandspolitik (Erklärung)
- 28.10.1974
Thema: Politische Entwicklung nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern
- 11.11.1974
Themen: Wirtschaftspolitik
- 25.11.1974
Themen: Gespräch Bundeskanzler Schmidts mit den Ministerpräsidenten über das Thema Beamtenbesoldung
FDP
Entwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft
EUCD-Konferenz in Paris
- 9.12.1974
Themen: Konjunkturpolitische Maßnahmen der Bundesregierung
Änderungsanträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Hochschulrahmengesetz
- 13.1.1975
Themen: Entwicklung im Nahen Osten
Eindämmung der Arbeitslosigkeit
Wiedergewinnung der Stabilität
Mitbestimmung
Hochschulrahmengesetz
Beamtenrechtsrahmengesetz
Situation vor den Landtagswahlen
Ablehnung der Teilnahme von CDU-Vertretern an Veranstaltungen mit Teilnehmern aus verfassungsfreundlichen oder radikalen politischen Gruppen
- 20.1.1975
Themen: Tagungsort: Berlin
Politische Situation in Berlin im Hinblick auf die am 2.3.1975 stattfindende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
Problem der innerdeutschen Beziehungen
Anstieg der Arbeitslosenzahlen
Problem der Jugendarbeitslosigkeit

3.2.1975

Themen:

Steuerreform
Mitbestimmung
Hochschulrahmengesetz
Berufliche Bildung
Bildungsrat und Wissenschaftsrat
Deutsch-französischer Vertrag über Gerichtsbarkeit in Kriegsverbrecherprozessen

3.3.1975

Themen:

Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden
Peter Lorenz
Politische Lage nach der Wahl in Berlin
Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu
§ 218 StGB

10.3.1975

Themen:

Nach der Landtagswahl in
Rheinland-Pfalz
§ 218 StGB
Ehescheidungsrecht

17.3.1975

Thema:

Politische Lage

7.4.1975

Themen:

Tagungsort: Kiel
Situation vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein
Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen
Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
betr. Förderung von Wohnungseigentum und
Wohnbesitz im Sozialen Wohnungsbau
17. Juni

14.4.1975

Themen:

Nach der Landtagswahl in
Schleswig-Holstein
Länderneugliederung entspr. Artikel 29 GG
Hochschulrahmengesetz

21.4.1975

Themen:

Tagungsort: Saarbrücken
Situation vor der Landtagswahl im Saarland
Kommunalwahlen in Baden-Württemberg
Wahlkampfesituation in Nordrhein-Westfalen

Präsidiumskontaktgespräche

Während des Berichtszeitraumes führte das Präsidium folgende Kontaktgespräche durch:

22.10.1973	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
3.12.1973	CDU-Repräsentanten in den Aufsichtsgremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten
21. 1.1974	Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung
24. 1.1974	DGB
7. 2.1974	Deutscher Lehrerverband im Deutschen Beamtenbund (DL)
22. 2.1974	Rat der EKD
4. 3.1974	Bund der Vertriebenen
22. 4.1974	Christlich-soziale Betriebs- und Personalräte
22. 4.1974	Sudetendeutsche Landsmannschaft
22. 4.1974	Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung
24. 4.1974	Deutscher Bauernverband
11.11.1974	Zentralverband Deutscher Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer
11.11.1974	Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB)
16.12.1974	Rat der EKD
24. 1.1975	Bund der Vertriebenen
28. 1.1975	Zentralverband des Deutschen Handwerks
11. 4.1975	DAG
14. 4.1975	Deutscher Sportbund
2. 5.1975	Deutscher Beamtenbund

CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung

Zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl tagte die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung auf Einladung der Parteivorsitzenden Dr. Kohl und Dr. Strauß am:

6.5.1974	Einstimmige Nominierung Dr. von Weizsäckers
14.5.1974	als Präsidentschaftskandidat
15.5.1974	Bundespräsidentenwahl

Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum zehnmal.

Auf der Sitzung am 5.9.1973 erstattete der Generalsekretär einen ausführlichen Bericht zur Lage vor dem Bundesparteitag in Hamburg.

Weitere Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
CDU-Erkennungszeichen

16.10.1973

Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Ausrüstung und Besetzung von Kreisgeschäftsstellen und Modellversuche in ausgewählten Kreisverbänden
Arbeitsprogramm 1974 (Fachtagungen und Kongresse)
Funktions- und Mandatsträgerkartei
UiD-Formatänderung

10.12.1973

Thema: Nacharbeit 22. Bundesparteitag

14.1.1974

Themen: Berichte der wahlkampfführenden Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Hessen
Kreisbereisungen im LV Rheinland-Pfalz
Zentrale Mitgliederkartei
EDV-Erfahrungen bei zentraler Buchhaltung

20.2.1974

Themen: Arbeitsprogramm 1974 (Fachtagungen und Kongresse)
Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter
Zentrale Beschaffung
Betreuung neuer Mitglieder
Konferenz hauptamtlicher Mitarbeiter
Tag der offenen Tür
Maßnahmen zum 100. Geburtstag Konrad Adenauers
Kalender zur Fußball-Weltmeisterschaft
Rednereinsätze des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs

7.5.1974

Themen:

Politische Lage
(Rücktritt Bundeskanzler Brandt)
Rechenschaftsberichte und Kontenrahmen
EDV-Buchhaltung auf Landes- und Kreisebene
Medien-Kongreß
Auslandskontakte von Landes-, Bezirks- und
Kreisverbänden
Anrechnung von CSU-Mitgliedszeiten
Zusammensetzung, Zielsetzung und Zeitplan
der Organisationskommission

Auf der Sitzung am 19.6.1974 berichteten der Parteivorsitzende und der Generalsekretär über die Konsequenzen, die sich aus dem Regierungswechsel und dem Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl für die weitere Strategie der CDU ergeben.

Weitere Themen: Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1975
Begrüßung des 500.000. Mitgliedes

Am 12./13.9.1974 waren die Teilnehmer der Landesgeschäftsführerkonferenz (mit ihren Ehefrauen) Gäste des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

16.10.1974

Themen:

Bericht des Generalsekretärs zur politischen Lage
Vorbereitung der Betriebsratswahlen
Stand der Personalplanung
Modellversuche der Kreisverbände
Regionalkonferenzen für hauptamtliche Mitarbeiter

Auf der Sitzung am 29.1.1975 erstattete der Generalsekretär einen ausführlichen Bericht über die politische Lage und die weitere Entwicklung im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe.

Weitere Themen: Berichte der Landesverbände Berlin, Schleswig-Holstein, Rheinland, Westfalen-Lippe und Saar über ihre Wahlkampfkonzeptionen und Wahlkampf vorbereitungen

Vorbereitung des 23. Bundesparteitages

Novellierung des Bundeswahlgesetzes

Zusammenarbeit mit christlich-demokratischen und konservativen europäischen Parteien

Vorbereitung eines Aktionsprogramms anlässlich des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer am 5.1.1976

Fernsehbeobachtung

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen fanden - teilweise zusammen mit den Institutsleitern der Konrad-Adenauer-Stiftung - statt am:

3. 9.1973
11. 9.1973 zuzügl. Institutsleiter
23.10.1973 zuzügl. Institutsleiter
27.11.1973
8.10.1974 zuzügl. Institutsleiter
30.10.1974
25. 3.1975

An der Sitzung vom 3.9.1973, die unter der Leitung von Dr. Kohl stattfand, nahmen das Parteipräsidium und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen teil.
Die Besprechungen befaßten sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des 22. Bundesparteitages, mit der Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Vereinigungen und der Strategie der CDU bis 1976.

Regionalkonferenzen

Auf drei Konferenzen mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei

am 28.8.1974 in Heidelberg (LV Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen)
am 28.11.1974 in Dortmund (LV Rheinland und Westfalen-Lippe)
und am 4.2.1975 in Hamburg (LV Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Oldenburg, Braunschweig, Berlin)

wurden nach dem politischen Bericht des Parteivorsitzenden Frage der Parteiarbeit, der Organisation und der Öffentlichkeitsarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern diskutiert. Diese "Regionalkonferenzen" sollen regelmäßig fortgesetzt werden.

Hauptabteilung I

Organisation

Personal

Verwaltung

Abteilung Organisation

1. Parteiorganisation

Die Organisationskommission hat ihre Beratungen über die Neufassung des Bundesstatuts und der Geschäftsordnung am 12.2.1975 abgeschlossen und ihre Vorschläge an den Bundesvorstand weitergeleitet. Damit wurde ein Teil des bei der konstituierenden Sitzung festgelegten Aufgabenkataloges erledigt. Aus Zeitgründen war es nicht möglich, folgende Probleme in der Organisationskommission zu beraten:

1. Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vereinigungen
2. Aufgabe und Arbeitsweise von Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Kommissionen
3. Aufgabenverteilung und entsprechende Finanzierungsverteilung zwischen Bundes-, Landes- und Kreisparteien.

Hierzu gehört auch das Problem der personellen und maschinellen Besetzung von Parteigeschäftsstellen.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Referat Parteiorganisation lag weiterhin in der Durchführung und Überwachung der Modellversuche für Kreisverbandsarbeit.

In der 1. Phase der Modellversuche waren als Schwerpunkte gesetzt:

- Die Erprobung von Dienstleistungszentren, und zwar Aufbau und Arbeitsweise, technische Ausstattung und Nutzung dieser Zentren, die eine Entlastung der Kreisverbände von Massen- und Routinearbeit ermöglichen sollen.
- Den Anschluß der Kreisverbände und der Ortsverbände an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei.
- Die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand.

Im weiteren Verlauf der Modellversuche sollen auch die Kriterien für eine optimale Größe des Betreuungsgebietes eines Dienstleistungszentrums erarbeitet werden; im ländlichen Bereich besonders auch unter Berücksichtigung der Entfernungen. Außerdem werden die Schwerpunkte auch auf folgende Problembereiche gelegt:

- Aufbau von örtlichen Verteilerorganisationen
- Berichtswesen an Landes- und Bundespartei (Informationsrückfluß)

Die bei den Modellversuchen gemachten Erfahrungen haben dazu geführt, daß die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Rahmenverträgen für Büromaschinen und Papier abgeschlossen hat, die den Landes- und Kreisverbänden die kostensparende Anschaffung von Maschinen und einen preisgünstigen Einkauf von Papier ermöglichen.

Die bei diesen Versuchen gewonnenen Erkenntnisse wurden in die Landtags- und Kommunalwahlkämpfe mit einbezogen. So konnte die Einrichtung und Arbeitsweise von Druckzentren bei den Landtagswahlkämpfen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Saarland erprobt werden. Die Auswertung der dabei gemachten Erfahrungen wird bis zum Herbst abgeschlossen sein.

Die Versuche mit der Herausgabe eines CDU-Telegramms zur eigenen Vervielfältigung in den Kreisgeschäftsstellen der Modellversuche haben nach positivem Echo eine starke Ausweitung auch auf andere interessierte Kreisgeschäftsstellen erfahren. Über den Rahmen der allgemeinen Modellversuche hinaus ist in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe im Landtagswahlkampf ein neues Nachrichtenübermittlungssystem getestet worden, um über Brauchbarkeit und Kosten ein klares Bild zu erhalten und die Eignung bei Einführung im größeren Rahmen zu prüfen. Auch bei diesem Test ist ein Abschlußbericht erst bis Mitte September möglich.

Für Informationsbesuche der Kreisgeschäftsführer bei der Bundesgeschäftsstelle wurde ein Besuchsplan erarbeitet, der - je nach Dauer des Besuches - ein detailliertes Informationsprogramm anbietet.

2. Veranstaltungen

Vom Referat Veranstaltungen wurden folgende Fachkongresse und andere Tagungen organisatorisch vorbereitet bzw. unterstützt:

- Europakongreß der EUCD in Bonn
- Kommunalpolitischer Kongreß in Bonn
- Strukturpolitischer Kongreß in Rastede
- Medienkongreß der CDU/CSU in München
- Familienpolitischer Kongreß in Münster
- Gesundheitspolitischer Kongreß in Kiel
- Betriebs- und Personalrätekonferenz in Bonn
- Die Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung in Bonn
- Gedenkfeier "25 Jahre Grundgesetz" in Frankfurt
- Regionale Mitarbeiterkonferenzen in Heidelberg, Dortmund und Hamburg
- Kongreß "Humanität im Arbeitsleben" in Leverkusen
- Jahrestagung des EAK in Mainz
- Sicherheitspolitischer Kongreß in Koblenz
- 9. Bundesdelegiertentag der Frauen in Dortmund
- Berufsbildungskongreß in Saarbrücken
- Empfang aus Anlaß des 60. Geburtstages von Prof. Carstens

Beim Referat Protokoll/Besucher ist die Zahl der Gruppen, die die Bundesgeschäftsstelle besuchen und die von diesem Referat betreut werden, weiterhin angestiegen. Vom Januar 1974 bis 30.4.1975 kamen 576 Gruppen mit 23.108 Teilnehmern zu einem Informationsbesuch in das Konrad-Adenauer-Haus.

Am 26.1., 27.4. und 9.11.1974 wurde jeweils ein "Tag der offenen Tür" im Konrad-Adenauer-Haus durchgeführt. Zu diesen Veranstaltungen kamen Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet, um sich über die politische Lage und die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu informieren. Diese erfolgreichen Informationsveranstaltungen, die vor allem die Neumitglieder der Partei ansprechen sollen, werden ab Herbst dieses Jahres weitergeführt werden.

3. Bundesrednervermittlung

Die Abteilung Organisation vermittelt für Veranstaltungen von Bundes- und Fachverbänden Repräsentanten der Partei. Hierzu erfolgt eine wöchentliche Abstimmung mit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In den meisten Fällen konnte eine zufriedenstellende Regelung gefunden werden. Diese Tatsache sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es oft erhebliche Schwierigkeiten gibt. Im Schnitt sind im Berichtszeitraum pro Veranstaltung sechs mögliche Parteirepräsentanten befragt worden.

4. Landtagswahlkämpfe

Bei den Landtagswahlkämpfen in den Jahren 1974 und 1975 fand eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden statt.

Die Bundesgeschäftsstelle hat unter anderem folgende Dienstleistungen für die Landtagswahlkämpfe erbracht:

- Bundesrednervermittlung
- Wahlkampfinformationsdienst
- Argumentationskarten zu bundespolitischen Themen
- Flugblätter zu bundespolitischen Themen
- Formulierungshilfen und Beratung in werblichen Fragen
- Unterstützung der Pressearbeit
- Sonderauflagen der Wandzeitungen
- Ausleihung von Lautsprecheranlagen

Der enge Kontakt zwischen den wahlkampfführenden Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle wurde durch die Teilnahme von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle an den Sitzungen der jeweiligen Wahlkampfgruppen gewährleistet.

Bundesrednereinsätze im Rahmen von Kommunal- und Landtagswahlkämpfen wurden wie folgt bearbeitet:

Landtagswahlkämpfe

1. Landtagswahl Hamburg (3.3.1974)

Im Rahmen der Landtagswahl in Hamburg wurden die Bundesredner von der CDU Hamburg direkt und nicht über die Rednervermittlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle angesprochen.

2. Landtagswahl Niedersachsen (9.6.1974)
287 Einsätze/46 Redner
3. Landtagswahl Hessen (27.10.1974)
338 Einsätze/40 Redner
4. Landtagswahl Berlin (2.3.1975)
42 Einsätze/25 Redner
5. Landtagswahl Rheinland-Pfalz (9.3.1975)
146 Einsätze/30 Redner
6. Landtagswahl Schleswig-Holstein (13.4.1975)
143 Einsätze/28 Redner
7. Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (4.5.1975)
320 Einsätze/41 Redner
8. Landtagswahl Saarland (4.5.1975)
62 Einsätze/27 Redner

Da die Einsätze von CDU-Bundesrednern im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Bayern nicht über die Rednervermittlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle abgewickelt wurden, lassen sich über diese Einsätze keine exakten Zahlen aufführen.

Kommunalwahlkämpfe

1. Kommunalwahl Rheinland-Pfalz (17.3.1974)
26 Einsätze/7 Redner
2. Kommunalwahl Schleswig-Holstein (24.3.1974)
27 Einsätze/5 Redner
3. Teilkommunalwahl Nordhessen (24.3.1974)
3 Einsätze/2 Redner
4. Kommunalwahl Saar (5.5.1974)
16 Einsätze/3 Redner

Die Einsätze des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs sind bei dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

Abteilung Verwaltung

Die Abteilung, der die innere Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle obliegt, ist gegliedert in drei Gruppen:

1. Haushalt, Kasse, Buchhaltung und Rechenschaftsberichte nach dem Parteiengesetz sowie Verwaltung der gemieteten Räume; außerdem Geschäftsführung der Stiftung Versorgungswerk
2. Post, Versand, Fahrbereitschaft, Inventar- und Materialbeschaffung und -verwaltung
3. Technische Dienste (Druckerei, ADREMA, Film, Ton, Schwachstromeinrichtungen).

Abteilung Personal

1. Personal/Personalverwaltung

Ständige Schwerpunkte liegen in der aktiven Personalwerbung und der Stellenbesetzung, die am Standort Bonn durch den Hauptkonkurrenten Öffentlicher Dienst erschwert werden.

Vorrangige Aufgabe ist die Systematisierung der Personalarbeit und ihre Abstimmung auf die Organisationsstruktur.

Zentrale Aufgabe im Berichtszeitraum war die Erarbeitung von Anstellungsbedingungen für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.

In den Monaten Oktober und November 1974 wertete die Abteilung Personal die gesammelten Materialien aus und erarbeitete einen ersten Textentwurf als Beratungsgrundlage.

Im Dezember 1974 erörterten Vertreter des Betriebsrates und der Geschäftsführung die vorgeschlagenen Regelungen und stellten einen gemeinsamen Entwurf fertig.

Im Januar und Februar 1975 wurde dieser Entwurf abschließend arbeitsrechtlich geprüft, redaktionell überarbeitet und verabschiedet.

Auf einer Betriebsversammlung am 18. März 1975 wurden die Anstellungsbedingungen erläutert und diskutiert. Sie sind am 1. April 1975 in Kraft getreten.

2. Personalplanung

Die EDV-gesteuerte Personalplanung, die sich als technisches System bewährt hat, wurde bestandsmäßig erweitert. Zu lösen waren insbesondere Informations- und Kooperationsprobleme zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Parteigliederungen.

3. Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei

In den Berichtszeitraum fällt der Abschluß des zweiten Kursus zur Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei und die Vorbereitung des dritten Kursus, mit dem das Erprobungsstadium des Programms abgeschlossen wird.

Das Seminarprogramm hat sich allgemein bewährt. Die vorgenommenen Veränderungen dienen einer größeren Praxisorientierung der sachlichen Inhalte und einer Verbesserung der Lernmethoden.

Abteilung organisatorische Sonderaufgaben

Die Abteilung nimmt bei der Vorbereitung und Durchführung von Reisen des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs Sonderaufgaben wahr, vor allem auch in Wahlkämpfen. In der Zeit vom 1. 10. 1974 bis zum 30. 4. 1975 fanden folgende Reisen statt:

Parteivorsitzender: 29 Tage mit 101 Einsätzen

Generalsekretär: 50 Tage mit 139 Einsätzen

Außerdem hält diese Abteilung den Kontakt zu den CDU/CSU-Betriebsgruppen in den Ministerien und obersten Bundesbehörden. Es wird dort der "ibb"-Informationsdienst für Bonner Bundesbeschäftigte jeweils in einer Auflage von 3.000 Exemplaren herausgegeben.

Hauptabteilung II

Politik

Dokumentation

Information

Abteilung Politik

Die Arbeit der Abteilung Politik konzentrierte sich im Berichtszeitraum neben der Beantwortung von Anfragen und Anregungen aus der Parteimitgliedschaft und der Bevölkerung auf die sachliche Vorbereitung des Bundesparteitages in Hamburg sowie auf die Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Die Abteilung Politik führt ferner die Geschäfte der Bundesfachausschüsse und der Kommissionen. Des weiteren erarbeitete die Abteilung Texte für Broschüren und Flugblätter.

Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vors.: Friedrich Vogel MdB

- 2 BACD-Mitgliederversammlungen (u. a. Tätigkeitsberichte und Neuwahl des Vorstandes)
- 1 BACD-Treffen auf dem 50. Deutschen Juristentag
(Beteiligung an Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des 50. DJT Hamburg 24.-27.9.1974)
- 7 Sitzungen von Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vors.: Friedrich Vogel MdB

Themen:

- Grundlagen der Rechtspolitik der CDU
- Rechtsmittel in Strafsachen
- Juristenausbildung
- Justizreform
- Entschädigung für Opfer von Strafsachen
- Terrorakte im Luftverkehr
- Verbesserung sitzungspolizeilicher Möglichkeiten des Gerichtsvorsitzenden
- Strafvollzugsgesetz
- Ausarbeitung eines Gesetzes der CDU/CSU zur Einführung der Zulassungsrevision gegen Berufungsurteile der Landgerichte in Zivilsachen (BT-Drs. 7/2459 vom 7.8.1974)

- Gespräch mit Fachverbänden (Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, Deutscher Richterbund)
- Allgemeine Geschäftsbedingungen (CDU/CSU-Bundestagsfraktionsinitiative vom 31.1.1975) - BT-Drs. 7/3200
- Armenrecht
- Familiengerichte
- Vorbereitung des Rechtspolitischen Kongresses der CDU und CSU am 4./5.12.1975
- 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts
- Neuregelung von § 218 StGB
- regelmäßige Herausgabe eines internen BACDJ-Informationsdienstes

14 Sitzungen der Fachkommission "Verfassungsrecht"

Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB

3 Sitzungen der Fachkommission "Strafvollzug"

Vors.: Dr. Heinz Eyrich MdB

Thema:

- Hearing am 6. 3. 1974 zum Strafvollzugsgesetz

10 Sitzungen der Fachkommission "Verbraucherschutz"

Vors.: Dr. Philipp Held

Thema:

- Hearing am 22.4.1974 zum Gesetzentwurf über Allgemeine Geschäftsbedingungen

4 Sitzungen der Fachkommission "Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen"

Vors.: Dr. Gerhard Meyer-Hentschel

3 Sitzungen der Fachkommission "Verwaltungsrecht"

Vors.: Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog

2 Sitzungen der Fachkommission "Justizpolitik"

Vors.: Dr. Kurt Kleinrahm

3 Sitzungen der Fachkommission "Strafrechtsreform"

Vors.: Dr. Heinz Eyrich MdB

Fachkommission "Ehe- und Familienrecht"

Vors.: Prof. Dr. Wilfried Schlüter

Konstituierung in Vorbereitung

6 Sitzungen der Fachkommission "Rechtspolitischer Kongreß"

Vors.: Justizminister Otto Theisen MdL

3 Sitzungen der Fachkommission "Zukunftsprobleme der Rechtspolitik"

Vors.: Justizminister Dr. Henning Schwarz

Bundesausschuß Innenpolitik

Vors.: Minister Heinz Schwarz MdL

4 Sitzungen

Der Bundesausschuß führte je ein Hearing zum "Datenschutz" und zur "Ausländerpolitik" durch.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst
- Radikale Parteien
- Rettungswesen
- Demonstrations- und Versammlungsrecht
- Ordnungsrecht an Universitäten
- Politische Betätigung von Ausländern
- Parteimitgliedschaft von Ausländern
- Ausländerrecht
- Grundsätze zur Ausländerpolitik
- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen
- Reform des öffentlichen Dienstrechts
- Datenschutz

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verwaltungsreform
- Bund-Länder-Verhältnis
- Europäische Konferenz über Verbrechensbekämpfung
- Gesamtkonzept zur inneren Sicherheit

Fachkommissionen:

- Reform des öffentlichen Dienstrechts
Vors.: Staatssekretär Alois Schreiner
Anzahl der Sitzungen: 3

- Ausländerpolitik
Vors.: Frau Dr. Kunze
Anzahl der Sitzungen: 13

- Innere Sicherheit
Vors.: Staatssekretär Joachim Dorenburg
Anzahl der Sitzungen: 11

- Kommunale Selbstverwaltung
Vors.: Dr. Dieter Fuchs
Anzahl der Sitzungen: 3

- Verwaltungsreform
Vors.: Dr. Werner Neumann
Anzahl der Sitzungen: 6

- Datenschutz
Vors.: Joachim Stöckle
Anzahl der Sitzungen: 2

- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen
Vors.: Dr. Dieter Fuchs
Anzahl der Sitzungen: 4

- Besoldungskonzeption
Vors.: Friedrich Vogel MdB
Anzahl der Sitzungen: 4

- Bund-Länder-Verhältnis
Vors.: Staatssekretär Prof. Herzog
Anzahl der Sitzungen: 3

- Koordinierungsausschuß
Vors.: Minister Heinz Schwarz MdL
Anzahl der Sitzungen: 1

Bundesarbeitskreis Polizei

Vors.: Karl-Heinz Schmitz MdA
Sitzungen des Arbeitskreises: 3
Vorstandssitzungen: 4

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Wirtschaftskriminalität
- Verkehrssicherheit
- Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Stellung der Frau in der Polizei
- Freiwillige Polizeireserve

ad-hoc-Kommission Bodenrecht

Vors.: Dr. Oscar Schneider MDB
Anzahl der Sitzungen: 5
Aufgabe: Erstellung einer gemeinsamen Stellungnahme von
CDU und CSU zur Novellierung des Bundesbaugesetzes

Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Hans Evers MDB
Anzahl der Sitzungen: 6

Der Bundesfachausschuß führte je ein Hearing mit Sportvereinen und Leistungssportlern durch.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Sportprogramm der CDU im Juli 1974 dem Parteivorstand zugeleitet und nach Beratungen im Präsidium vom Bundesvorstand der CDU am 23. Sept. 74 verabschiedet.
- Förderung des Vereinssports
- Sportliche Jugendbildung
- Sportförderung auf kommunaler Ebene
- Behandlung von Spitzensportlern bei Vergabe von Studienplätzen

Unterausschüsse

- Arbeitskreis Leistungssport

Vors.: Olaf Lawrenz
Anzahl der Sitzungen: 2

- Programmkommission

Vors.: Philipp Ludwig
Anzahl der Sitzungen: 4

- Arbeitskreis Schul- und Hochschulsport

Vors.: Horst Singer
Anzahl der Sitzungen: 1

Bundesfachausschuß "Wirtschaftspolitik"

Vors.: Dr. Manfred Schäfer
Dr. Ernst Albrecht MdL ab 7. Februar 1975

Der Bundesfachausschuß tagte im Berichtszeitraum fünfzehnmal.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Stellungnahme zum Entwurf zur Novellierung des Bundesbankgesetzes (August 1973)
- Stellungnahme zu den Vorlagen des Bundesvorstandes zum Hamburger Parteitag
- Strategie zur Wiedergewinnung der Stabilität und des sozialen Friedens.

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Mehrfache Erörterung der aktuellen Lage
- Besprechung des Sachverständigengutachtens 1973
- Besprechung der Energiekrise
- Jahreswirtschaftsbericht 1975
- Kontrolle ausländischer Beteiligungen
- Novellierung des Kreditwesengesetzes
- Die Investitions- und Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft und ihre Ursachen

Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vors.: Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Der Bundesfachausschuß tagte im Berichtszeitraum sechsmal.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Beschlüsse zur Strukturpolitik vom August 1973
- Bericht der ad-hoc-Arbeitsgruppe "Regionalpolitik" zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vom 28. November 1973
- Pressemitteilung zum Entwurf eines Bundesraumordnungsprogrammes vom 22. Februar 1974
- Grundsätze zur Raumordnung vom 21. Juni 1974
- Stellungnahme zur Novelle eines Bundesbaugesetzes vom 26. Juni 1974
- Pressemitteilung "Sicherung der Arbeitsplätze" vom 3. September 1974
- Beschluß zu Fragen und Problemen des Städte- und Wohnungsbaues vom 29. November 1974
- Beschluß zur Fernwärmeversorgung vom 23. Januar 1975

Unterausschüsse

- Raumordnung
Vors.: Dr. Karlheinz Gierden 7 Sitzungen

- Regionalpolitik
Vors.: Min. Heinrich Holkenbrink MdL keine Sitzung

- Ballungsräume
Vors.: Frau Ruth Beckmann MdL 4 Sitzungen

- Städtebau und Wohnungswesen
Vors.: Ferdinand Erpenbeck 9 Sitzungen

- Umweltfragen
Vors.: Dr. Herbert Gruhl MdB 11 Sitzungen

Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Verkehrspolitik"

Vors.: Dr. Dieter Schulte MdB 1 Sitzung

Arbeitsgruppe "Regionalpolitik" der CDU/CSU

Vors.: Min. Dr. Jürgen Westphal 5 Sitzungen

Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen

Vors.: Dr. Benno Weimann MdL 10 Sitzungen

Außenpolitische Kommission

Vors.: Walther Leisler Kiep MdB (bis 11.3.1974)
Dr. Gerhard Schröder MdB (ab 11.3.1974)

9 Sitzungen

Themen:

- Europäische Einigung
- Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland
- Ostpolitik
- Deutschlandpolitik
- Arbeitsprogramm der AK in bezug auf die Bundestagswahl 1976

Unterkommissionen

I. Westpolitik

Vors.: Dr. Franz Josef Bach

II. Ost- und Deutschlandpolitik

Vors.: Dr. Alois Mertes MdB

III. Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland

Vors.: Prof. Dr. Hans Buchheim

IV. Europapolitik

Vors.: Dr. Reinhold Biskup

Nach dem 11.3.1974 wurde die Arbeit dieser Unterkommissionen in Arbeitsgruppen der Kommission weitergeführt.

V. Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

9 Sitzungen

Thema:

- Programm einer christlich-demokratischen Entwicklungspolitik

Veröffentlichung:

Entwurf der Entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU

Bundesausschuß für Sicherheitspolitik

Vors.: Dr. Egon A. Klepsch MdB

13 Sitzungen

Gesprächskreis: 6 Sitzungen

Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU in Koblenz

2 Truppenbesuche

Themen:

- Sicherheitspolitische Leitlinien der CDU
- Westeuropäische Verteidigungskonzeption
- Wehrstruktur der Bundeswehr
- Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung

Beschlüsse:

- Verfügungsbereitschaft, Kaderung, Generalkommandos
- Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer
- Neukonzeption der Fortbildungsstufe C in der Bundeswehr
- Öffentliches Dienstrecht für Soldaten und Zivilbedienstete der Streitkräfte
- Arbeitszeitregelung für Soldaten
- Kritik an der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt

Bundesausschuß für Sozialpolitik (Neukonstituierung: 7.2.75)

Vors.: Staatsminister Dr. Heinrich Geissler MdL

10 Sitzungen

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens (u.a. Erziehungsgeld)
- Leitsätze zur Reform der sozialen Alterssicherung der Frau (Partnerrente)
- Erhöhung der Witwenrenten
- Soziale Dienste in Sozialstationen

Themen:

- Familienpolitik
(Familienpolitischer Kongreß vom 4./5.10.1974 in Münster)
- Arbeitsmarktpolitik
- Soziale Dienste
- Soziale Sicherung der Frau
- Allgemeine Rentenpolitik
- Kostenentwicklung in der Krankenversicherung

Folgende Themen werden in Unterausschüssen beraten:

- vorrangig:
- Finanzierung und Struktur der Gesundheitspolitik
 - Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen künftiger Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
 - Mensch und Arbeit
 - Sozial- und Arbeitsgesetzbuch
 - Europäische Sozialpolitik

- ferner:
- Familienpolitik
 - Altenprogramm
 - Sozial benachteiligte Gruppen
 - Soziale Berufe
 - Ausländische Arbeitnehmer
 - Rentenversicherung

Kommission Soziale Dienste

Vors.: MinRat Werner Steinjan

4 Sitzungen

11.7.1974: Hearing zum Thema "Soziale Dienste in Sozialstationen"

Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

(Neukonstituierung: 26.2.1975)

Vors.: Prof. Dr. Fritz Beske

14 Sitzungen

Themen:

- Hearing über "Zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung, zahnärztlicher Berufsstand, zahnmedizinische technische Assistentin, Zahnarzhelferin"
(mit Vertretern der Zahnärzteschaft)
- Heraring über "Berufe des Gesundheitswesens"
(mit Vertretern der Schwesternverbände)
- Hearing zu Problemen der Psychiatrie (Expertenbefragung)
- Gespräche mit dem Vorstand des Marburger Bundes über
 - Niederlassungsfreiheit
 - Approbationsordnung
 - öffentlicher Gesundheitsdienst
 - Facharztgesetzgebung
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen
- Strukturprobleme im Krankenhaus
- Arzneimittelsicherheit
- § 218
- Niederlassungsfreiheit
- Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung
- Gesundheitsvorsorge
- Vorbereitung des Gesundheitspolitischen Kongresses in Kiel am 22./23.11.1974. Dessen inhaltliche Vorbereitung wurde vom BFA Gesundheitspolitik federführend geleistet.
Der Bericht über diesen Kongreß wurde am 10.4.1975 in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Bundeskulturausschuß

Vors.: Kultusminister Dr. Bernhard Vogel

8 Sitzungen

Themen:

- Berufliche Bildung
- Berufsbildungskongreß
- Hochschulzugang
- Hochschulrahmengesetz
- Weiterbildung: Erarbeitung des Konzeptes der CDU
- Lehrerunion
- Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst (Lehrer)
- Besoldungsneuregelung (Lehrer)

- Auswärtige Kulturpolitik
- Verwaltungsinterne Fachhochschulen
- Berufsbildungsgesetz
- Finanzierung der beruflichen Bildung
- Bildungspolitische Schwerpunkte der Bundestagswahl 1976
- Perspektiven eines neuen bildungspolitischen Konzeptes

Das Bildungsreferat betreute die abschließende Redaktion der Jugendpolitischen Leitsätze der CDU; außerdem wurde der Berufsbildungskongreß der CDU am 14./15.3.1975 in Saarbrücken durchgeführt.

Jugendpolitischer Beirat (Neukonstituierung: 29.1.1975)

Vors.: Dietrich Rollmann MdB

Die Gruppe Bildung hat die Geschäftsführung des Jugendpolitischen Beirates der CDU übernommen.

3 Sitzungen

Themen:

- Jugendpolitische Aktivitäten der CDU auf Landesebene und von seiten der Bundestagsfraktion
- Jugendhilfegesetz
- Fremdunterbringung von Kindern
- Frühkindliche Erziehung
- Arbeit des Deutschen Jugendinstituts, München
- Verhalten des SDAJ in den Gemeinden und die Frage der Aufnahme von sozialistischen Gruppen in Jugendringen und die Finanzierung von sozialistischen Gruppen
- Jugendpolitischer Kongreß

Bundesfachausschuß für Agrarpolitik

Vors.: Gustav Niermann MdL

Dr. Burghard Ritz MdB (ab 7.2.1975)

6 Sitzungen

1 Vorstandssitzung

Themen:

- Agrarprogramm der CDU und der CSU
(Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft)
- Bauernkongreß 1976

ad-hoc-Kommission Milchwirtschaft

Vors.: Staatssekretär Hebbeln (Schleswig-Holstein)
2 Sitzungen

ad-hoc-Kommission Agrarprogramm

Vors.: Staatssekretär Hebbeln
3 Sitzungen

ad-hoc-Kommission Baubodenrecht

Vors.: Staatssekretär Hebbeln
1 Sitzung

ad-hoc-Kommission Markt und Marktstrategie

Vors.: Staatssekretär Hebbeln
2 Sitzungen

ad-hoc-Kommission Agrarstruktur

Vors.: Staatssekretär Hebbeln
1 Sitzung

Ausschüsse und Arbeitskreise der Frauenvereinigung

Medienerziehung

Leitung: Dr. Dorothee Wilms (bis 31.12.1973)
" : Dr. Anne Beelitz (ab 1.1.1974)

9 Sitzungen

Themen:

- Erarbeitung von Papieren "Hinweise zur Pressearbeit"
- "Hinweise zum kritischen Fernsehen"
- Ausarbeitung einer Konzeption zur Durchführung eines medienpädagogischen Fachkongresses in Berlin

- Kabelfernsehen
- Erarbeitung einer Vorlage zum Umgang mit Rundfunk und Fernsehen
- Medienwirkungsforschung
- Vorbereitung "Medienpädagogische Fachtagung" in Eichholz

Verbraucherausschuß

Leitung: Irma Blohm

8 Sitzungen

Themen:

- Ladenschlußgesetz
- Stellung des Verbrauchers in der Marktwirtschaft
- Einfluß der Werbung
- Verbraucherpolitisches Programm

Programmkommission

Leitung: Dr. Monika Christians

7 Sitzungen

Fortführung der Vorbereitung eines Grundsatzprogramms der Frauenvereinigung, das auf dem Delegiertentag der Frauenvereinigung am 21.-23.2.1975 verabschiedet wurde.

Kommission "Frauen"

Leitung: Dr. Helga Wex

1 Sitzung

Bericht an Präsidium und Bundesvorstand "Frau und Gesellschaft - Grundsätze und Forderungen der CDU für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in einer sich wandelnden Welt."

Abteilung Information/Dokumentation

Die Abteilung Information/Dokumentation hat am 1.9.1973 die UiD-Redaktion übernommen. Für den UiD wurde in Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden (Fragebogen-Aktion usw.) in Inhalt und Format eine "neue Form" entwickelt, deren 1. Nummer am 7.3.1974 erschienen ist.

Zugleich wurde durch ein anderes Druckverfahren die Herstellungszeit des UiD auf die Hälfte verkürzt, so daß dieser Dienst somit bereits Freitag/Sonnabend, also 48 Stunden nach Redaktionsschluß bei den Beziehern ist.

Zusätzlich zu den Standard-Diensten (5 verschiedene Presseschauen, Tagesdienst, Interne Informationen - insgesamt 30 Ausgaben pro Woche) hat die Abteilung für 8 Landtagswahlen Wahlkampfinformationsdienste erstellt.

WKI Hamburg	16.1.1974	bis	28.2.1974	22 Ausgaben
WKI Niedersachsen	17.4.1974	bis	6.6.1974	25 Ausgaben
WKI Hessen	16.9.1974	bis	24.10.1974	19 Ausgaben
WKI Zentraler Dienst für die Landtagswahlkämpfe Berlin, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, NRW und Saarland vom 6.1.1975 bis 30.4.1975				47 Ausgaben

Die Zahl der Anfragen und Material-Anforderungen in der Dokumentation/Archiv hat sich im Berichtszeitraum weiter um etwa 45 % erhöht, auf im Durchschnitt

Telefonauskünfte: täglich 30 bis 40
Materialzusammenstellungen: monatlich 480
insgesamt 20 500 Kopien von Archivmaterial

Anfragen und Materialanforderungen werden gestellt von:

- allen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle
- Bundes- und Landtagsfraktionen
- Landes- und Kreisverbänden
- Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Verbänden
- Instituten
- Einzelpersonen

Der Anteil der Bundesgeschäftsstelle beträgt etwa rund 40 Prozent.

Hauptabteilung III

Presse- und Öffentlich- keitsarbeit

Abteilung Medienpolitik

Medienkongress

Die Vorbereitung und die Durchführung des Medienkongresses der CDU/CSU in München sowie die Auswertung seiner Ergebnisse bildeten den Schwerpunkt der medienpolitischen Arbeit. Unter Leitung des medienpolitischen Beauftragten des CDU-Präsidiums, Heinrich Köppler, und des Vorsitzenden der medienpolitischen Kommission von CDU und CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, wurden im Oktober 1973 Ziel und Form des Kongresses festgelegt. In Abstimmung mit den zuständigen Referenten der CSU wurde ein inhaltliches und organisatorisches Konzept erarbeitet und entsprechend der Zielsetzung, einen offenen medienpolitischen Kongreß zu veranstalten, mit zahlreichen Fachleuten der medienpolitischen Thematik aus Funk, Fernsehen, Presse, Verbänden, Wissenschaft und Politik diskutiert. Es folgen eine Reihe von vorbereiteten Tagungen mit den Sachkennern für die verschiedenen Arbeitskreise des medienpolitischen Kongresses.

Rund 400 Teilnehmer kamen zu dem Medienkongreß in München, der am 30. und 31. Mai 1974 stattfand. Der Kongreß verzeichnete sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den interessierten Fachkreisen eine breite und insgesamt positive Resonanz.

Medienpolitische Willensbildung: Medienkonzept

Die Ergebnisse des Münchener Medienkongresses, der Entwurf eines Medienpapiers und die dazu vorliegenden Anträge und Empfehlungen aus allen Gliederungen der Partei bilden die Grundlage für die Endfassung eines medienpolitischen Konzepts der Unionsparteien. Die Geschäftsführung für die Abwicklung bis zur endgültigen Beschlußfassung obliegt der Abteilung Medienpolitik.

Als Grundlage für die medienpolitische Diskussion wurde das Material des medienpolitischen Kongresses ausgewertet und zu einer medienpolitischen Materialsammlung zusammengestellt, die Ende des Jahres 1974 erschienen ist.

Eine vom CDU-Präsidium im Dezember 1973 eingesetzte Kommission zur Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen hat unter Leitung des CDU-Bundesvorstandsmitglieds Peter Lorenz in fünf Sitzungen (14.1. / 23.1. / 13.2. / 4.3. / 13.5. 1974) Leitsätze erarbeitet, die am 16. September 1974 vom Präsidium der CDU in Berlin einstimmig verabschiedet wurden. Die Geschäftsführung der Kommission oblag der medienpolitischen Abteilung, die auch für die Weiterleitung des Präsidiumsbeschlusses an die zuständigen Gremienmitglieder und die interessierte Öffentlichkeit sorgte.

Medienkonzept

Das Medienkonzept der Union wurde überarbeitet und am 17.3.1975 vom Bundesausschuß der CDU im Grundsatz angenommen und zur endgültigen Verabschiedung an den Bundesvorstand der CDU überwiesen. Mit der Aktualisierung beauftragt war eine von der Medienkommission auf ihrer Tagung Anfang Dezember 1974 in Bonn eingesetzte Redaktionskommission (Dr. Friedrich Zimmermann MdB, Staatssekretär Dr. Rathke, Günter Triesch), die sich auch zu diesem Zeitpunkt noch mit Sachverständigen aus allen Medienbereichen beraten hat. Bei der Überarbeitung des Konzepts sind die Ergebnisse des Münchener Medienkongresses der CDU/CSU im Mai 1974 und die Forderungen und Vorstellungen, die auf allen Ebenen der Partei zur Medienpolitik erarbeitet wurden, zugrunde gelegt worden. Die Geschäftsführung für die Überarbeitung des 1. Entwurfs des Medienkonzepts lag in den Händen der Abteilung Medienpolitik. Mit der Vorlage des Medienkonzepts beendete die zentrale Medienkommission der CDU/CSU unter ihrem Vorsitzenden Dr. Friedrich Zimmermann MdB die ihr 1973 übertragene Aufgabe.

Programmbeobachtung

Neu hinzugekommen für die Arbeit der Abteilung Medienpolitik ist die Organisation der aktuellen Programmbeobachtung, die die wichtigsten politischen Fernsehsendungen wie Magazine, Diskussionsreihen und weitere politische Themen umfaßt. Die Auswertung der einzelnen Sendung geschieht noch am Tage ihrer Ausstrahlung und dient am nächsten Morgen in der Bundesgeschäftsstelle als Unterlage für etwaige Stellungnahmen bzw. Richtigstellungen sowie zur langfristigen Analyse politischer Trends in einzelnen Anstalten.

Informationsarbeit

Am 3. Dezember 1973 trat das CDU-Präsidium mit den Gremienmitgliedern der CDU/CSU in den Rundfunk- und Fernsehanstalten zusammen.

Wichtigstes Ergebnis dieser Zusammenkunft: die Verbesserung der Information durch die Bundesgeschäftsstelle. Inzwischen erhalten alle Gremienmitglieder der Partei in den Rundfunkanstalten regelmäßig einen medienpolitischen Informationsdienst. Ebenso wurde die Information für die einzelnen Fachdienste im medienpolitischen Bereich verstärkt.

Regelmäßig wurden Unterlagen für den Medienbeauftragten des Präsidiums und den Vorsitzenden der Medienkommission erstellt.

Auf Nachfragen von Interessenten und Institutionen wurde Informationsmaterial zur Medienpolitik der Partei ausgegeben (Stellungnahmen, Erklärungen, Artikel, Medienpapier etc.).

Alle der CDU angehörenden bzw. nahestehenden Redakteure in den Hörfunk- und Fernsehanstalten der ARD und des ZDF werden seit dem 1.1.1975 regelmäßig mit dem Uid beliefert.

Ebenfalls seit dem 1.1.1975 erhält der gleiche Empfängerkreis Informationsmaterial aus den verschiedenen politischen Fachbereichen zugesandt, um eine breite Streuung von politischen Programmaussagen der CDU zu erreichen.

Außerdem wurden zahlreiche Medienkenner der Union für Referate, Diskussionen, Parteiveranstaltungen sowie Fachtagungen von Verbänden und kirchlichen Organisationen vermittelt.

Kontakte

Mit der Anfang 1975 erfolgten Umorganisation der Abteilung Medienpolitik sind die Kontakte zu den ARD-Anstalten und dem ZDF erheblich intensiviert worden.

Weitere Aufgabe der Abteilung Medienpolitik im ersten Halbjahr 1975 war es, Beziehungen und Kontakte zu den Tageszeitungen in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik Deutschland herzustellen.

Bereits am 22. Oktober 1973 hat ein Kontaktgespräch zwischen CDU-Präsidium und dem Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) über aktuelle medienpolitische Fragen in Bonn stattgefunden.

In das Aufgabengebiet der Abteilung Medienpolitik fiel die Organisation und Geschäftsführung der Vorbereitungen der Gremienvorsitzenden der CDU/CSU anlässlich der ARD-Hauptversammlungen (Juli 1973 in Köln / Dezember 1973 in Baden-Baden / Juli 1974 in Hamburg / März 1975 in Berlin).

In Zusammenarbeit zwischen der medienpolitischen Abteilung der Bundesgeschäftsstelle und der Politischen Akademie Eichholz wurde die Studientagung für Rundfunkjournalisten aus allen Anstalten der ARD und des ZDF vom 15. - 17.10.1973 organisiert. Hauptthema: die Medienpapiere von CDU/CSU, SPD und FDP. Außerdem fanden Abenddiskussionen mit verschiedenen CDU-Politikern, u.a. dem Generalsekretär Professor Biedenkopf und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Köppler, statt. Am 25./26.11.1974 fand eine weitere Studientagung in der Politischen Akademie Eichholz statt.

Ein weiteres Gebiet ist der Bereich Film. Hier knüpfte die Abteilung Medienpolitik die Kontakte zu der Spitzenorganisation des Films -SPIO- in Wiesbaden an, ebenfalls zu allen anderen Verbänden und Organisationen der Filmwirtschaft.

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Die Umstrukturierung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit konnte im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen werden. Die verbesserte personelle Ausstattung der Abteilung sowohl im werbetechnischen wie im Aktionsbereich konnte die Zahl und die Qualität der Dienstleistungen für die Partei erhöhen.

Dies hat seinen Ausdruck in den Preisen der von der Bundespartei angebotenen Werbematerialien gefunden. Durch rationelle Gestaltung und effektive Ausschreibungsmethoden ist es gelungen, trotz der inflationären Entwicklung gerade auf dem Papiermarkt die Preise im wesentlichen zu halten.

Außerdem konnte die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit den Vereinigungen in verstärktem Umfang werbliche Hilfe bei der Bewältigung ihrer Aufgaben anbieten. Insbesondere mit den Sozialausschüssen und dem EAK hat sich eine gute und kontinuierliche Zusammenarbeit entwickelt. Auch mit der Frauenvereinigung und der Jungen Union wurde die Zusammenarbeit verstärkt. Als Beispiele können hier die Mithilfe bei der Gestaltung des CDA-Kongresses "Humanität im Arbeitsleben", der Bundestagung des EAK "Zukunft und Hoffnung" sowie die Produktion des Faltprospektes "Offensive für die Frau" zur 9. Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung angeführt werden.

Das Berliner Programm, die Beschlüsse des Hamburger Parteitages und die Berichte der Grundsatzkommission sind in vielfältiger Form herausgegeben worden, ergänzt durch politische Positionsbestimmungen in Reden von Helmut Kohl, Kurt H. Biedenkopf, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker.

Mit diesen argumentativen Materialien konnten die Kreisverbände Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um die politischen Grundsätze der Union zu verdeutlichen. Diese Grundsatzmaterialien sind in Auflagen von über 1/2 Million verteilt worden.

1. Aktionen

Im Jahre 1974 ist die Bundesgeschäftsstelle erstmalig dazu übergegangen, den Kreisverbänden zu wichtigen politischen Themen in sich abgeschlossene Programme für Canvassing-Aktionen und sonstige Veranstaltungen anzubieten. Zu den Aktionen gehören neben den jeweiligen Werbemitteln auch Aktionsvorschläge, die über den Uid an die Kreis- und Ortsverbände herangetragen werden. Diese umfassend angelegten Aktionen haben sich zu einem wichtigen Instrument der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, wie sich an den ständig steigenden Auflagenzahlen der Werbemittel zeigt.

Folgende Aktionen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

1.1. Aktion "Das gesellschaftspolitische Programm der CDU"
- Beschlüsse des Hamburger Parteitages -

Im Winter 1973/74 wurden die Beschlüsse des Hamburger Parteitages verbreitet. Umfangreiche Dokumentationen wurden für Wochenzeitungen, Akademien, Schülerzeitungen und ähnliche Institutionen versendet. Außerdem wurden die Beschlüsse mit folgenden Materialien bekanntgemacht:

	<u>Auflage</u>
Grundsatzrede Dr. Helmut Kohl "Bereit zur Verantwortung"	40.000
Beschlußbroschüre "Die Beschlüsse des 22. Parteitages mit Argumentationsanleitung"	100.000
Argumentationskarte Argumente zur Bodenrechtspolitik	60.000
Argumentationskarte Argumente zur Beruflichen Bildung	100.000
Argumentationskarte Argumente zur Gesellschaftspolitik der CDU	50.000
Argumentationskarte Argumente zur Mitbestimmung	50.000
Argumentationskarte Argumente zur Vermögenspolitik	60.000
Faltprospekt Bodenrecht	200.000
Faltprospekt Berufliche Bildung	300.000
Faltprospekt Mitbestimmung	200.000
Faltprospekt Vermögensbildung	300.000
Wandzeitung	11.000
Aktionsplakat	10.000
Broschüre Grundsatzarbeit Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU mit dem 1. und 2. Bericht der Grundsatzkommission	100.000
Broschüre Berliner Programm mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages	500.000

1.2. Aktion "Verfassung der Freiheit"

Im Frühjahr 1974 wurde die Aktion "Verfassung der Freiheit" durchgeführt. Ausgangspunkt war die 25. Wiederkehr des Tages der Verabschiedung und des Inkrafttretens des Grundgesetzes sowie die Erinnerung an verschiedene wichtige Daten im Zusammenhang mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Folgende Werbemittel wurden im Rahmen dieser Aktion angeboten:

	<u>Auflage</u>
Wandzeitung "Verfassung der Freiheit"	11.000
Faltprospekt "Verfassung der Freiheit"	700.000
Rahmenplakat	10.000
Broschüre mit Rede Dr. Kohl "25 Jahre Grundgesetz"	10.000
Reproduktionsvorlage für ein Flugblatt	

1.3. Sommeraktion

Um die Parteiarbeit während der Sommerpause 1974 aufrecht zu erhalten, wurden den Kreis- und Ortsverbänden erstmalig über den UiD verschiedene Aktionsmöglichkeiten für diesen Zeitraum des Jahres vorgestellt. Die Vorschläge zielten insbesondere auf die Gebiete, in denen sich Ferien- und Kurgäste aufhalten.

Zu diesen Vorschlägen wurde ein Angebot der Werbe- und Informationsmaterialien zusammengestellt, die sich für solche Sommeraktionen eignen.

1.4. Aktion "Klarheit in Bonn"

Die Aktion "Klarheit in Bonn" im Herbst 1974 befaßte sich mit den unaufgeklärten Skandalen der SPD. Dabei wurde durch Briefe an die Kreisgeschäftsführer der CDU sowie die Kreisvorsitzenden der Jungen Union und der Frauenvereinigung erstmalig über den Rahmen der UiD-Bezieher hinaus um die Mitarbeit der Parteigliederungen gebeten. Der Verlauf dieser Aktion hat gezeigt, daß sowohl das Aktionsthema wie auch die der Partei angebotenen Werbemittel gute Aufnahme gefunden haben.

Im Rahmen der Aktion "Klarheit in Bonn" wurden folgende Werbemittel angeboten:

	<u>Auflage</u>
Flugblatt "Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn"	800.000
Broschüre "Nebel in Bonn"	30.000
Argumentationskarte "Klarheit in Bonn"	80.000
Wandzeitung "Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn"	11.000
Poster "Opa erzählt das Märchen von Brandur dem Willygen"	10.000
Dokumentation im UiD "Watergate in Bonn?"	

1.5. Aktion "Offensive für die Frau"

Zu der Aktion "Offensive für die Frau", die im März dieses Jahres angeregt wurde, sind den Kreis- und Ortsverbänden im UiD Aktionsvorschläge gemacht worden.

Zentrales Werbemittel für diese Aktion war ein sechs-seitiger Faltprospekt, der die wichtigsten Aussagen der CDU zur Frauen- und Familienpolitik enthielt.

Folgende Informations- und Werbemittel wurden über den UiD angeboten:

	<u>Auflage</u>
Faltprospekt	800.000
Wandzeitung	10.000
Broschüre	30.000
Argumentationskarte	50.000

1.6. Aktion zur Wirtschaftspolitik

Anfang April 1975 ist den Kreis- und Ortsverbänden vorgeschlagen worden, eine Aktion zur Wirtschaftspolitik durchzuführen.

Hierzu sind folgende Informations- und Werbemittel angeboten und in außerordentlich hohen Auflagen bestellt worden:

	<u>Auflage</u>
Bildflugblatt zur Wirtschaftslage "Was nun, Herr Bundeskanzler?"	1.500.000
Textflugblatt zur Wirtschaftslage	360.000
Broschüre "Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession"	30.000
Argumentationskarte	50.000
Wandzeitung "Unsere Zukunft steht auf dem Spiel"	10.000

2. Versandzentrum

Im Laufe des Bundestagswahlkampfes 1972 hatte sich eine Reihe von Engpässen bei der Versorgung der Landes- und Kreisverbände mit Wahlkampfmaterial ergeben. Im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 1976 war es daher unerlässlich, ein neues Versandzentrum mit erhöhter Kapazität und optimaler technischer Ausstattung zu schaffen. Am 1. Februar 1975 nahm das IS-Versandzentrum

in Gütersloh seine Arbeit auf. In den ersten Monaten seiner Tätigkeit hat das neue Versandzentrum bewiesen, daß es seine Aufgaben erfüllen kann. Damit ist eine wichtige Grundlage für die Lösung der Verteilungsprobleme im Bundestagswahlkampf 1976 gegeben, wobei dieses Instrument aufgrund der Erfahrungen noch verfeinert werden wird, um den vielfältigen Wünschen der Landes- und Kreisverbände voll Rechnung tragen zu können.

3. Zusammenarbeit bei Landtagswahlkämpfen

Bei den Landtagswahlkämpfen in den Jahren 1974/75 in Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und Nordrhein-Westfalen fand eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden statt. Für die Landtagswahlkämpfe in Bremen und Baden-Württemberg sind die gemeinsamen Vorbereitungen bereits angelaufen.

Für die Landtagswahlkämpfe leistet die Öffentlichkeitsarbeit der Bundespartei den Landesverbänden folgende Dienste:

1. Beratung bei der Konzipierung von Landtagswahlkämpfen in allen werblichen, gestalterischen und finanziellen Fragen.
2. Flankierende eigenständige Maßnahmen der Bundespartei für die Landtagswahlkämpfe. Eine Reihe von Aktionen und Werbemaßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundespartei war ausdrücklich für die Landtagswahlen bestimmt und mit den betreffenden Landesverbänden abgesprochen.
3. Konkrete werbliche Hilfe für die Maßnahmen der Landesparteien. Die Bundespartei ist bereit und in der Lage, die Landesparteien bei der Ausführung ihrer werblichen Maßnahmen gestalterisch und konzeptionell zu unterstützen und praktische Arbeiten zu übernehmen.

In allen Wahlkampfstäben der Landesverbände arbeitete ein Mitarbeiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit mit. Der Wahlkampf in Berlin und der Oberbürgermeister-Wahlkampf in Stuttgart wurden außerdem durch Abstellung eines Mitarbeiters unterstützt.

Die gute Zusammenarbeit zwischen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundespartei und der Landesverbände hat zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch geführt, der nicht nur den wahlkampf führenden Landesverbänden zugute kam, sondern sich auch im Bundestagswahlkampf 1976 niederschlagen wird.

4. Parteiarbeit - Erfahrungsaustausch

Durch eine regelmäßige Berichterstattung im UiD über beispielhafte und nachahmenswerte Aktionen verschiedener Kreis- und Ortsverbände ist eine spürbare Belebung der Parteiarbeit eingetreten. Dies zeigt sich einerseits daran, daß die Zahl der Kreis- und Ortsverbände, die der Bundesgeschäftsstelle über ihre Aktionen berichten, ständig steigt; andererseits ist festgestellt worden, daß, angeregt durch den Erfahrungsaustausch im UiD, eine verstärkte unmittelbare Kommunikation zwischen den einzelnen Verbänden eingetreten ist.

Als eine wertvolle Hilfe bei Wahlkämpfen im kommunalen Bereich hat sich das als Ergänzung zum Regiebuch 4: Wahlkampf im Dezember 1974 herausgegebene Regiebuch 5: Kommunalwahlkampf erwiesen. Dieses Hilfsmittel hat insbesondere bei den wahlkampf führenden Verbänden in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg starken Zuspruch gefunden.

5. Mitgliederwerbung

Die Mitgliederwerbung hat im Berichtszeitraum große Erfolge gebracht. Der Mitgliederzuwachs ist neben der erfolgreichen Politik der CDU auch der gezielten Werbearbeit der Kreis- und Ortsverbände zuzuschreiben. Hierbei hat sich als Mitgliederwerbemethode in wesentlichem Maße das von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitete "Kontaktermodell" durchgesetzt, bei dem CDU-Mitglieder persönliche Gespräche mit Freunden und Sympathisanten der Partei führen. Für jede Aktion wird ein konzeptioneller Rahmen entwickelt, in dem die Einzelheiten auf die jeweilige Situation des veranstaltenden Verbandes zugeschnitten werden. Die organisatorische Leitung liegt in den Händen ausgebildeter Aktionsleiter, die wiederum ihre "Kontakter" in der Gesprächsführung und Argumentation schulen. Von den Personen, die anhand der zu Beginn der Aktion aufgestellten Adressenkartei angesprochen werden, wird im Schnitt jede dritte Mitglied der CDU.

Die Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle wird in folgenden Bereichen durchgeführt:

a) Seminare für Aktionsleiter

In Zusammenarbeit mit den Landes- und Bezirksverbänden wurden 19 Zweitageseminare veranstaltet. 317 Teilnehmer, Beauftragte der Kreis- und Ortsverbände, wurden als CDU-Aktionsleiter für Mitgliederwerbung ausgebildet.

b) Seminare für CDU-Kontakter

Auf Wunsch der Kreisverbände hat die Bundesgeschäftsstelle 41 Seminare für CDU-Kontakter durchgeführt. Zusammen mit den Schulungen der Aktionsleiter haben schätzungsweise 2.500 Personen an der Argumentations-Schulung für Kontakter teilgenommen.

c) Beratung der Kreis- und Ortsverbände

Das Referat Mitgliederwerbung in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit führt mit Beauftragten der Kreis- und Ortsverbände, die dies wünschen, Planungsgespräche für Mitgliederwerbeaktionen. Hierbei werden geeignete Möglichkeiten für die örtliche Mitgliederwerbung geprüft und Fragen der Planung, Organisation und Argumentation erörtert. Bisher haben 76 Kreis- und Ortsverbände solche Beratungen in Anspruch genommen.

d) Produktion von Arbeitsunterlagen und Werbemitteln für die Mitgliederwerbung

	<u>Auflage</u>
1. Regiebuch "Mitgliederwerbung" (Handbuch für Aktionsleiter)	25.000
2. Kontakter-Leitfaden (Handbuch für CDU-Kontakter)	5.000
3. "Ergreifen Sie Partei" Faltblatt für Mitgliederwerbung	1.000.000

6. Materialien

Außer den bereits vorher aufgeführten wurden im Berichtszeitraum folgende Materialien erstellt und angeboten:

Flugblätter (Gesamtauflage: 6.730.000)

	<u>Auflage</u>
Arbeitsplatzsicherung	500.000
Umweltschutz	500.000
Preise	570.000
Kriminalität	500.000
Soziale Demontage (Ausbildungsförderung)	100.000
Strauß-Flugblatt	900.000
Flugblätter der verschiedenen Aktionen	2.660.000

Personalprospekte (Gesamtauflage: 950.000)

Kohl	150.000
Biedenkopf	150.000
Stoltenberg	100.000
Köppler	100.000
Filbinger	100.000
Katzer	100.000
Wex	50.000
Kiep	100.000
Erhard	25.000
Kiesinger	25.000
von Hassel	50.000
Carstens	150.000

Faltprospekte (Gesamtauflage: 4.300.000)

Lehrlingsfaltprospekt	200.000
Welche Rechte haben Eltern?	200.000
Noch nie wurde die Bundesrepublik so schlecht regiert wie heute	200.000
Politik mit dem Bürger für den Bürger	200.000
Mitgliederwerbeprospekt "Ergreifen Sie Partei"	1.000.000
Faltprospekte der verschiedenen Aktionen	2.500.000

Broschüren (Gesamtauflage: 175.000)

	<u>Auflage</u>
CDU-Statut, Finanzordnung	5.000
Die CDU Deutschlands Aufbau + Organisation	70.000
Broschüren der verschiedenen Aktionen	100.000

Reden (Gesamtauflage: 340.000)

Helmut Kohl: "Aufbruch in die Zukunft" Grundsatzrede vom 21. Bundesparteitag in Bonn	15.000
Karl Carstens: "Ziele setzen, vor denen wir bestehen können" Bundestagsrede zur Haushaltsdebatte am 18.6.1973	10.000
Kurt H. Biedenkopf: "Erneuern und Bewahren" Rede vom Landesparteitag der CDU Baden- Württemberg am 23.6.1973	10.000

Kurt H. Biedenkopf: "Die Politik der Unionsparteien - die freiheitliche Alternative zum Sozialismus" Vortrag vor der Katholischen Akademie in München	60.000
Karl Carstens: "Unsere freiheitliche und soziale Ordnung bewahren und erneuern" Bundestagsrede zur Verfassungsdebatte	10.000
Kurt H. Biedenkopf: "Solidarität und Subsidiarität" Vortrag auf dem Wirtschaftstag '74 in Bonn	20.000
Helmut Kohl: "Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden - Herausforderung freiheitlicher Gesellschaftspolitik" Rede auf dem Kommunalpolitischen Kongreß der CDU/CSU in Bonn	10.000
Helmut Kohl: "CDU und Gewerkschaften" Beitrag für die Gewerkschaftlichen Monatshefte	20.000
Kurt H. Biedenkopf: "Stellungnahme zum Orientierungsrahmen '85 der SPD"	15.000
Helmut Kohl: "Mut für eine politische Zukunft" Rede vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU am 8. Dez. 1974 in Mainz	30.000
Helmut Kohl: "Bonn wird nicht Weimar" Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.3.75	10.000
Reden der verschiedenen Aktionen	50.000

Regiebücher (Gesamtauflage: 90.000)

	<u>Auflage</u>
Regiebuch 1: Mitgliederwerbung Mitgliederwerbung nach dem Kontaktermodell	25.000
Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung CDU-Nachbarschaftshilfe für Neubürger	15.000
Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen Anleitungen für Bürgerinitiativen und Soziale Dienste	15.000
Regiebuch 4: Wahlkampfbuch	15.000
Regiebuch 5: Kommunalwahlkampf	20.000

Broschürenserie "Argumente - Dokumente - Materialien"

(Gesamtauflage: 416.000)

Dokumentation zum Grundvertrag	10.000
Dokumentation zur Reform des § 218 StGB	10.000
Chronologie der wirtschafts- und währungs- politischen Ereignisse	10.000
Mitbestimmung in Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000
Dokumentation zur Strukturpolitik	10.000
Dokumentation zur inneren Sicherheit	5.000
Berliner Programm - Verwirklichung durch CDU-Initiativen	5.000
Zweites Hearing der CDU mit Sportvereinen	10.000
Pläne der DU zur Sportförderung	10.000
Hearing zum Bundesmelde- und Bundesdaten- schutzgesetz	5.000
Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	5.000
Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft	10.000
Sportprogramm der CDU	20.000
Jugendpolitische Leitsätze	30.000
Verwaltung und öffentlicher Dienst	5.000
Die Jungsozialisten	10.000
Versprochen - nicht gehalten Bilanz der Linkskoalition	20.000
Die Familie unserer Zukunft Beiträge vom Familienpolitischen Kongreß in Münster	5.000
Mehr Sicherheit in Freiheit Beiträge zur Verteidigungspolitik auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß in Koblenz	3.000
Partnerschaft in Familie und Gesellschaft Beiträge von der 9. Bundesdelegiertentagung der CDU-Frauenvereinigung in Dortmund	10.000
Berufsbildung - Berufsbildungschance mit Zukunft Referate und Ergebnisse vom Berufsbildungs- kongreß in Saarbrücken	3.000
Programm der CDU gegen die Jugendarbeits- losigkeit	10.000
Inflation gefährdet Wirtschaft u. Gesellschaft	5.000
Raumordnung in einer freiheitlichen Gesell- schaft	5.000
Broschüren der verschiedenen Aktionen	190.000

Argumentationskarten (Gesamtauflage: 1.970.000)

	<u>Auflage</u>
Radikale	50.000
Bildungspolitik	50.000
Umweltschutz	50.000
Juso-Zitate	50.000
Sicherheitspolitik	50.000
Steuererhöhungsbeschlüsse	50.000
Hochschulpolitik	50.000
Verbraucherpolitik	100.000
S P D	50.000
Renten	50.000
Godesberger Programm	60.000
Sichere Arbeitsplätze	50.000
Umweltschutz	60.000
Preise	50.000
Verbrechensbekämpfung	60.000
Wirtschaftspolitik	50.000
Paragraph 218	50.000
Energiepolitik	50.000
Mitbestimmung	50.000
Sicherheitspolitik	50.000
Agrarpolitik	50.000
Frauen	50.000
Bildungsinhalte	50.000
Bundesrat	50.000
Numerus clausus	50.000
Familienprogramm	50.000
Mutter und Kind	50.000
Vermögenspolitik	50.000
Kommunalpolitik	50.000
Vietnam und die SPD	50.000
Argumentationskarten der versch. Aktionen	390.000

<u>Wandzeitungen</u> (Gesamtauflage: 125.000)	<u>Auflage</u>
Geteilte Macht schützt vor Gleichschaltung (zu den Aufgaben des Bundesrates)	10.000
Zur Kasse bitte (zu den Steuererhöhungsbeschlüssen)	10.000
Aufbruch in die Zukunft (zu dem neugewählten Bundesvorstand)	10.000
CDU diskutiert (zu den Themen des Hamburger Parteitages)	10.000
CDU-Politik mit dem Bürger - für den Bürger (zur Kommunalpolitik)	11.000
Viele meinen, es gäbe die CDU fünffach	11.000
Arbeitslosigkeit	10.000
Wandzeitungen der verschiedenen Aktionen	53.000

<u>Rednerankündigungsplakate</u> (Gesamtauflage: 135.000)	
Vierfarbplakat Carstens, DIN A 0	10.000
DIN A 1	10.000
Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 0	10.000
DIN A 1	10.000
Vierfarbplakat, DIN A 0	15.000
DIN A 1	10.000
Rahmenplakate	40.000
Plakate der verschiedenen Aktionen	30.000

<u>Kleinwerbemittel</u>	
Autoaufkleber	220.000
Schlüsselanhänger	130.000
Kugelschreiber	235.000
Papierfähnchen	400.000
Luftballons	440.000
Kunststoff-Tragetaschen	300.000

<u>Verschiedenes</u>	
Willkommen-Scheckheft	161.000
Anstecknadeln	83.000
Sonnenschirme	850
Ehrenurkunden	6.000
Ordner-Armbinden	15.000
Canvassing-Stand	1.150

Sprecher der Partei

Pressestelle: Redaktion "Deutsches Monatsblatt" und
"Deutschland-Union Dienst"

Der Sprecher der CDU und sein Stellvertreter hatten die Politik der Partei gegenüber den Medien zu vertreten. Das vollzog sich in Pressekonferenzen, Kontaktgesprächen und schriftlichen Presseerklärungen. In Redaktionsbesuchen und vielen Einzelgesprächen wurde für eine rege Kommunikation und für gute sachliche und menschliche Beziehungen zwischen der Union und Presse, Rundfunk und Fernsehen gesorgt. Die ständigen Bemühungen, den Spitzenpolitikern der CDU eine publizistische Plattform bei den Medien zu verschaffen, waren - wenn man etwa an die Präsenz von Unionspolitikern im Fernsehen denkt - erfolgreicher als in den Jahren zuvor.

Zu den für die Partei besonders wichtigen Bonner Büros von Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden im vergangenen Jahr die Kontakte weiter intensiviert und gefestigt. Dabei halfen Einzel- und Gruppengespräche mit den Bonner Journalisten, aber auch Besuche in den Zentralredaktionen mit. Die speziellen Aufgaben des Sprechers und seines Stellvertreters waren im Berichtszeitraum:

- Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern;
- Verbreitung von Reden und Erklärungen führender Unionspolitiker über die "Pressemitteilungen der CDU";
- Stellungnahmen des Sprechers und seines Stellvertreters zu aktuellen politischen Fragen;
- Betreuung ausländischer Journalisten, die über den Besucherdienst von "Inter Nacionales" Kontakt zur CDU suchen;
- Betreuung von Journalistengruppen, die sich zur Begleitung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs bei Wahlkampfreisen angemeldet hatten;
- Wöchentlicher Journalistenstammtisch im Konrad-Adenauer-Haus mit durchschnittlich 35 - 45 Teilnehmern pro Abend;
- Gesprächsrunden an Wahlabenden für Journalisten im Konrad-Adenauer-Haus.

1974/75 wurden weit über 200 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Sprechererklärungen des Sprechers und seines Stellvertreters herausgegeben und annähernd 100 Artikel des Sprechers oder seines Stellvertreters im "Deutschland-Union-Dienst" veröffentlicht. Die Alltagsarbeit: Beantwortung einer Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Anfragen.

Die Koordinierung der Pressearbeit innerhalb der CDU wurde weiter ausgebaut. Im Abstand von etwa drei Monaten fanden auch im Berichtszeitraum wieder Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressestelle im Generalsekretariat und im Maximilianeum mit der Pressestelle der CDU statt. Diese Zusammenkünfte, die unter der Leitung des CDU-Sprechers stehen, dienen der gegenseitigen Information und der Absprache gemeinsamer Vorhaben.

Im Vorfeld des Mannheimer Bundesparteitages hat die Betreuung der rund 1000 teilnehmenden Journalisten durch den Sprecher der Partei begonnen.

Redaktion Deutschland-Union Dienst

Der täglich erscheinende Pressedienst stellt nach wie vor die aktuellste politische Publikation der Partei dar. Der "Deutschland-Union-Dienst", nach wie vor der meistzitierte Parteipressedienst in der Bundeshauptstadt, erscheint unter der Verantwortung der CDU, wird aber - über die gemeinsame Bundestagsfraktion - von CDU und CSU gemeinsam herausgegeben.

Redaktion Deutsches Monatsblatt

Nach der Formatumstellung im Oktober 1974 konnte das "Deutsche Monatsblatt" redaktionell weiterentwickelt werden. Mit einer Auflage von über 500.000 Exemplaren stellt es die einzige direkte Verbindung zwischen der Bundespartei und allen CDU-Mitgliedern dar.

Büro für Auswärtige Beziehungen

- I. Internationale Zusammenarbeit mit befreundeten und nahestehenden Parteien, bilateral und multilateral, in den bestehenden Organisationen (insbesondere EUCD)
 1. 1973 bereitete das Büro für Auswärtige Beziehungen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) zwei Kongresse in Deutschland vor:
 - a) den Regionalkongreß der EUCD in München vom 28. - 30. Juni 1973 (in Zusammenarbeit mit der CSU)
 - b) den Europakongreß der EUCD vom 8. - 10. November 1973 in Bonn.

2. Nach der Wahl Kai-Uwe von Hassels zum neuen Präsidenten der EUCD übernahm das Büro für Auswärtige Beziehungen einen Teil der Aufgaben des Generalsekretariats der EUCD. Sein Leiter wurde zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt. Zu den neuen Aufgaben gehören u. a. die Vorbereitung der turnusmäßigen Sitzungen der Gremien der EUCD. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurde in Brüssel das Büro eines Exekutivsekretärs der EUCD eingerichtet.
3. Die Beziehungen zu befreundeten Parteien, wie den britischen und skandinavischen Konservativen sowie nicht zur EUCD gehörenden französischen Parteien, wurden ausgebaut.

Im Mai 1974 fand eine Sitzung der Inter-Party Conference in Helsinki statt. Eine weitere Sitzung folgte im Juni 1975 in München.

Im Rahmen der EUCD wurde im Juni 1974 ein intensiver Meinungsaustausch im Haag zwischen den holländischen christlich-demokratischen Parteien und der CDU, unter Teilnahme des Generalsekretärs, über Fragen der Gesellschaftspolitik durchgeführt.

Bei dem Dreiländertreffen in Locarno Ende Januar 1975 fand auf Einladung der Christlich Demokratischen Volkspartei der Schweiz eine Aussprache zwischen CDU/CSU, ÖVP (Österreich) und CVP (Schweiz) über wirtschaftspolitische Fragen statt.

In Zusammenarbeit mit Partei und Fraktion sind Maßnahmen zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in Portugal eingeleitet worden. Sie dienen der Kontaktaufnahme zum Demokratisch-Sozialen Zentrum (CDS) und der Christlich-Demokratischen Partei (PDC). Vertreter dieser Parteien trafen anlässlich eines Besuchs in Bonn im Februar 1975 mit Vertretern der CDU/CSU zusammen.

Der Aufnahme von Gesprächen mit den neuen demokratischen Kräften in Griechenland dienten Reisen des Leiters des Büros nach Griechenland sowie der Besuch einer griechischen Delegation der Partei von Ministerpräsident Karamanlis im Februar 1975.

Ein Gespräch mit türkischen Abgeordneten des Assoziierungsausschusses der Europäischen Gemeinschaft in Kopenhagen im April 1975 führte zur Kontaktaufnahme mit türkischen Parteien.

Das Büro für Auswärtige Beziehungen ist an den Vorarbeiten für eine christlich-demokratische europäische Partei der Mitte beteiligt. Eine internationale Kommission aus Vertretern der CD-Parteien und der CD-Fraktion des Europäischen Parlamentes tagte im Juli 1974 zum ersten Mal.

Programmvergleiche zwischen der CDU, anderen christlich-demokratischen und den konservativen Parteien Europas sollen die oben genannte Arbeit ergänzen und eine Annäherung aller Parteien der Mitte begünstigen. Zwei Seminare, die einem Vergleich der Programme der CDU und der britischen Konservativen dienten, fanden im Oktober 1974 und im Januar 1975 in Eichholz statt. Die Tagung soll im Juni 1975 fortgesetzt werden.

II. Informationen ausländischer Parteien und ausländischer Botschaften in Bonn sowie von CDU-Mitgliedern im Ausland

1. Der Darstellung der CDU im Ausland dienen drei Broschüren in deutscher, englischer und französischer Sprache: eine Kurzdarstellung der Geschichte der CDU, ihrer Struktur und ihrer Aufgaben; das Berliner Programm und die Beschlüsse des 22. Bundesparteitages in Hamburg. Diese Aussagen wurden ergänzt durch die Übersetzungen der Biographien in den Bildprospekten der Mitglieder des Präsidiums der CDU. Dieses Material ist interessierten Personen und Organisationen zugesandt worden.
2. Politisch bedeutsame Aussagen der CDU zu außenpolitischen Themen wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Zur Unterrichtung des Auslandes wurde auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag in die englische und französische Sprache übersetzt.

III. Kontakte wurden hergestellt zu den ausländischen Missionen in der Bundesrepublik, den deutschen Vertretungen im Ausland, interessierten ausländischen Einzelpersonen, Organisationen und Instituten.

Mit den Botschaften in Bonn finden Gespräche statt; sie werden regelmäßig mit Informationsmaterial bedient.

Über das Büro für Auswärtige Beziehungen wurden zahlreiche ausländische Besucher an Gesprächspartner im Bundestag oder in der Partei vermittelt. Viele Informationsgespräche wurden vom Büro übernommen. Auf Bitten von Inter Nationes und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes werden Einzelbesucher und ausländische Gruppen betreut (Studenten, Politiker, Journalisten usw.).

IV. Vorbereitung der Reisen von CDU-Politikern in das Ausland

Das Büro für Auswärtige Beziehungen vermittelt Kontakte bei Reisen von CDU-Politikern des Bundes und der Landtage. Bei der Vorbereitung dieser Reisen arbeitet das Büro auf Anfrage mit.

V. Verbindung zu CDU-Mitgliedern im Ausland

Hier wurde Informationsmaterial zur Verfügung gestellt und bei persönlichen Kontakten geholfen.

VI. Kontakte zu deutschen Auslandsgesellschaften

Mit verschiedenen deutschen Auslandsgesellschaften, z. B. dem Deutschen Rat der europäischen Bewegung und der Gesellschaft für auswärtige Politik, wurde eine engere Verbindung aufgenommen und die Zusammenarbeit intensiviert. Auch hier wird regelmäßig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.

VII. Kontakte zwischen Kreisverbänden und Besuchergruppen der CDU im Ausland

Das Büro für Auswärtige Beziehungen vermittelte Kontakte zwischen Kreisverbänden der CDU und befreundeten Parteien im Ausland.

VIII. Koordinierung mit der Bundestagsfraktion

Unter der Leitung von Bundestagsvizepräsident von Hassel finden in den Tagungswochen des Bundestages regelmäßige Arbeitssitzungen mit den an der Auslandsarbeit besonders interessierten Mitgliedern der Bundestagsfraktion statt.

Justitiar

Im Berichtszeitraum lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der schriftlichen und mündlichen Beratung der Geschäftsleitung der Bundesgeschäftsstelle, der Landesverbände, zahlreicher Kreisverbände und einiger Bundesvereinigungen der CDU über Fragen des gesamten Satzungsrechts sowie des Parteien- und des Wahlgesetzes. Von besonderer Bedeutung war die juristische Beteiligung an den Arbeiten der Organisationskommission, insbesondere durch

- Aufstellung und Auswertung einer vergleichenden Übersicht über die Bestimmungen des Statuts der CDU und die entsprechenden Vorschriften der CDU-Landesverbände,
- Entwicklung von ausformulierten Vorschlägen für die beabsichtigten Änderungen von Statut, Parteigerichtsordnung und Geschäftsordnung der CDU.

Zu den laufenden Aufgaben gehörten u.a.:

- Beratung der Bundesgeschäftsstelle (insbesondere Abt. Verwaltung und Organisation) in Vertrags- und sonstigen Rechtsangelegenheiten,
- juristische Beratung der Stiftung Versorgungswerk der CDU (insbesondere im Zusammenhang mit Erlaß und Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19.12.1974),
- Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse von 3 Sitzungen des Bundesparteigerichts der CDU in 1974/75.

Mehr als früher wurden telefonische Auskünfte von Journalisten und von Mitarbeitern von Bundesbehörden über satzungsrechtliche Angelegenheiten der CDU erbeten.

Planungsgruppe

Die Arbeit der Planungsgruppe ist gekennzeichnet durch Vielfalt der Aufgaben. Es wurden erste Analysen erstellt zu den Themenkreisen "Kollektive Güter", "Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft", "Freiheit und Gleichheit". Diese Themen waren auch Gegenstand eines ganztägigen Seminars in der Politischen Akademie Eichholz. Die Protokolle dieser Aussprache gingen ein in die weiteren Projekte der Planungsgruppe.

Folgende Sachbereiche wurden u.a. behandelt:

- Analyse der theoretischen Grundlagen der Politik und Strategie der SPD (Hier insbesondere: Orientierungsrahmen '85; Politische Ökonomie der SPD: ihre Vorstellungen zum Verhältnis Wirtschaft - Staat - Gesellschaft);

- Analyse des gesellschaftlichen Wandels und neuer sozialer Probleme;
- Stellung der Verbände in Staat und Gesellschaft - Handlungsfähigkeit politischer Institutionen gegenüber organisierten Sozialinteressen;
- Prognose gesellschaftlicher Probleme und Entwicklungen;
- Möglichkeiten und Grenzen der Planung in der Demokratie

Andere Projekte sind in Arbeit durch Referenten der Planungsgruppe und Gutachter. Die Papiere werden in Zusammenarbeit mit der politischen Abteilung erstellt.

Grundsatzprogrammkommission

Die Grundsatzprogrammkommission hat zwischen dem 12.6.1973 und dem 20.11.1973 (Hamburger Parteitag) dreimal getagt. Zwei dieser Sitzungen dienten der abschließenden Vorbereitung des Zweiten Zwischenberichtes der Grundsatzkommission, den sie zum Hamburger Parteitag vorlegte; die Sitzung am 8.10.1973 wurde zusammen mit der Grundsatzkommission der CSU zur gegenseitigen Information durchgeführt.

Der Hamburger Parteitag beschloß am 20.11.1973 auf Antrag des Bundesvorstandes, der damit eine Anregung der Grundsatzkommission aufgegriffen hatte, die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms. Mit diesem Beschluß war der Auftrag dieser Grundsatzkommission erloschen.

In Ausführung des genannten Parteitagsbeschlusses setzte der Bundesvorstand am 18.3.1974 eine neue 14-köpfige Grundsatzprogrammkommission ein. Diese nahm am 30.4.1974 ihre Arbeit auf. Weitere Tagungen fanden am 22.6., 11.9., 28.11.1974 und 21./22.3.1975 statt. Die Sitzungen der Gesamtkommission und die Sitzungen der Arbeitsgruppen werden jeweils durch schriftliche Vorlagen vorbereitet.

Die Kommission hat ihr Aufgabengebiet in fünf Arbeitsbereiche gegliedert:

1. Menschenbild - Grundwerte - Volkspartei
2. Soziale Wirtschaftsordnung
3. Mensch in Familie, Gemeinde, Gesellschaft
4. Staat - Demokratie - Verfassung
5. Deutschland in Europa und der Welt

Neben den Sitzungen der Gesamtkommission und der Arbeitsgruppen bildet die Heranziehung von Sachverständigen den dritten Arbeitsschwerpunkt. Für alle Themenbereiche, die die Kommission bearbeitet, sind Gespräche mit Experten oder die Einholung von schriftlichen Gutachten von Sachverständigen geplant und zu einem Teil bereits durchgeführt.

Unternehmensrechtskommission

Die Unternehmensrechtskommission ist am 6.6.1974 zu ihrer konstituierenden Sitzung erstmalig zusammengetreten. Sie hat außerdem getagt

im Jahre 1974 am: 6. 7., 19.9., 8.11,
im Jahre 1975 am: 24. 1., 13.2., 12. 3.

Die Beratungen bis zum März 1975 waren zur Vertiefung der rechtspolitischen Problemstellung bestimmt, die durch die Beschlüsse des Hamburger Parteitages aufgeworfen worden ist. Mit der ersten Anhörung von Sachverständigen am 25./26.4.1975 ist die Unternehmensrechtskommission in einen zweiten Abschnitt ihrer Beratungen eingetreten. Im Vordergrund stehen Fragen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Hierzu wurden eine Reihe anerkannter Sachverständiger gehört. Eine weitere Sachverständigen-Anhörung zu dem gleichen Thema ist für den 23./24.5.1975 vorgesehen. Im Herbst soll über die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betriebsrat und im Aufsichtsrat beraten werden.

Der Ergebnisbericht der Kommissionsarbeit ist für das Frühjahr 1976 vorgesehen. Er soll die Empfehlungen der Kommission formulieren, die zur Vorbereitung weiterer politischer Entscheidungen der Partei im Bereich des Unternehmensrechts erforderlich sind.

Mitgliederbewegung Oktober 1973 - April 1975

Datum	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Zuwachs pro Monat	Quartal
31.10.73	451.295	4.895	2.478	+ 2.417	
30.11.73	454.410	5.326	2.211	+ 3.115	
<u>31.12.73</u>	<u>457.393</u>	<u>5.526</u>	<u>2.543</u>	<u>+ 2.983</u>	<u>+ 8.515</u>
31.01.74	462.488	10.529	5.434	+ 5.095	
28.02.74	468.699	9.743	3.532	+ 6.211	
<u>31.03.74</u>	<u>476.308</u>	<u>12.001</u>	<u>4.392</u>	<u>+ 7.609</u>	<u>+ 18.915</u>
30.04.74	485.825	16.987	7.470	+ 9.517	
31.05.74	495.977	14.085	3.933	+ 10.152	
<u>30.06.74</u>	<u>502.087</u>	<u>7.929</u>	<u>1.819</u>	<u>+ 6.110</u>	<u>+ 25.779</u>
31.07.74	506.821	6.815	2.081	+ 4.734	
31.08.74	509.518	6.129	3.432	+ 2.697	
<u>30.09.74</u>	<u>512.172</u>	<u>7.336</u>	<u>4.682</u>	<u>+ 2.654</u>	<u>+ 10.085</u>
31.10.74	517.136	7.132	2.168	+ 4.964	
30.11.74	522.833	8.363	2.666	+ 5.697	
<u>31.12.74</u>	<u>530.500</u>	<u>10.043</u>	<u>2.376</u>	<u>+ 7.667</u>	<u>+ 18.328</u>
31.01.75	538.295	13.309	5.514	+ 7.795	
28.02.75	546.546	14.562	6.311	+ 8.251	
<u>31.03.75</u>	<u>556.724</u>	<u>13.081</u>	<u>2.903</u>	<u>+ 10.178</u>	<u>+ 26.224</u>
<u>31.04.75</u>	<u>564.556</u>	<u>12.491</u>	<u>4.659</u>	<u>+ 7.832</u>	<u>+ 7.832</u>
zusammen in 19 Monaten:		186.282	70.604	+115.678	+115.678

Stand: 30.04.75

Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden
1. Oktober 1973 - 30. April 1975

Landesverband	Mitgl.- stand am 30.09.73	Mitgl.- stand am 30.04.75	Mitgliederzu- wachs 1.10.73 bis 30.04.75 in Zahlen
Baden-Württemberg	59.079	67.357	8.278
Berlin	9.917	12.663	2.746
Bremen	2.469	3.091	622
Hamburg	7.702	9.347	1.645
Hessen	41.206	51.643	10.437
Braunschweig	5.221	8.108	2.887
Hannover	45.296	56.701	11.405
Oldenburg	9.305	11.722	2.417
Rheinland	90.307	113.481	23.174
Westfalen	80.361	108.381	28.020
Rheinland-Pfalz	52.274	63.883	11.609
Saar	20.726	26.667	5.941
Schleswig-Holstein	25.015	31.512	6.497
Bund	448.878	564.556	115.678

Stand: 30.04.75

Mitgliederstand

nach dem Stande vom 30. April 1975 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

Bremen	3.091
Braunschweig	8.108
Hamburg	9.347
Oldenburg	11.722
Berlin	12.663
Saar	26.667
Schleswig-Holstein	31.512
Hessen	51.643
Hannover	56.701
Rheinland-Pfalz	63.883
Baden-Württemberg	67.357
Westfalen	108.381
Rheinland	113.481

13	Landesverbände mit	564.556	Mitgliedern
	Zahl der Kreisverbände am 30.04.75	=	270
	Durchschnittl. Mitglieder- stand pro Kreisverband	=	2.090

Die 10 kleinsten Kreisverbände

Emden	270
Hamburg-Bergedorf	344
Heidenheim	382
Delmenhorst	429
Frankenthal	451
Bremen-Nord	458
Speyer-Stadt	463
Cuxhaven	471
Hohenlohekreis	472
Flensburg	474

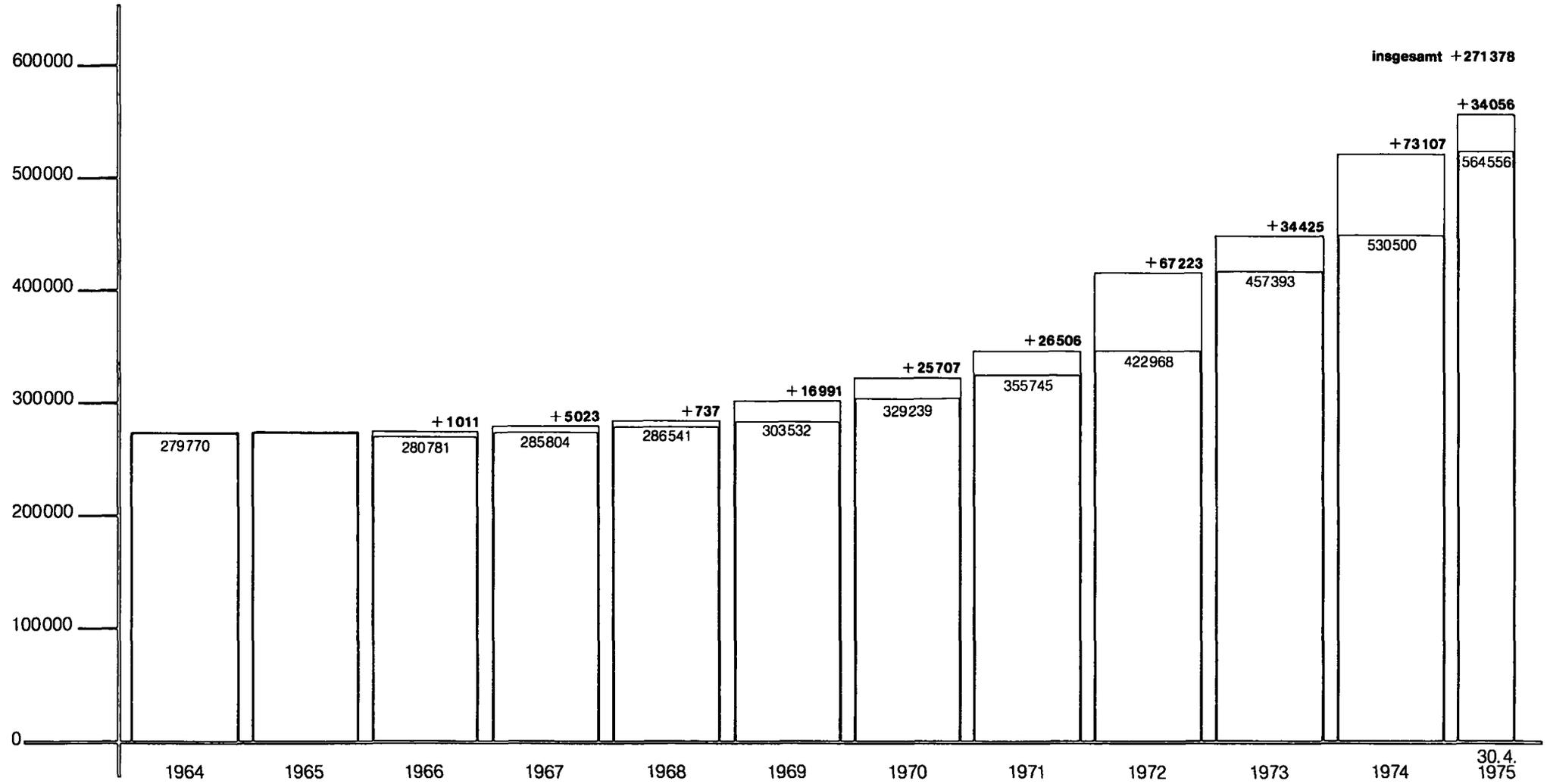
Die 10 größten Kreisverbände

Köln	9.278
Hochsauerland	9.079
Rhein-Sieg-Kreis	7.817
Bonn	7.139
Borken	7.038
Recklinghausen	7.012
Steinfurt	6.814
Düsseldorf	6.241
Kleve	6.141
Warendorf	6.043

Stand: 30.04.75



Mitgliederstand seit 1964
Stand jeweils am 31.12.



CDU

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

